

Dörfliche Gemeinschaft und soziale Integration

Im Diskussionspapier werden zunächst die unterschiedlichen soziologischen und regionalpolitischen Ansätze von „Lokalität“ bzw. „Ruralität“ diskutiert. Nach einer definitorischen Abgrenzung von „sozialer Integration“ und „sozialem Ausschluss“ werden in weiterer Folge die spezifischen Determinanten sowie Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, die für das Entstehen sozialer Beziehungen und Netzwerke in den dörflichen Gemeinschaften maßgeblich sind, der Einfluss externer Faktoren, Transformations- und Marginalisierungsprozesse, Machtverhältnisse usw. analysiert, wobei den für den ländlichen Kontext spezifischen Einflussfaktoren und Auswirkungen auf einzelne Betroffenenengruppen eine besondere Beachtung beigemessen wird. Im abschließenden Kapitel werden einige weitere für das RegAB Projekt interessante Anknüpfungspunkte diskutiert, v.a. die psychosozialen Dimensionen der Problemlagen, Konzepte einer integralen sozial nachhaltigen Regionalentwicklung und die besondere Situation von Jugendlichen im ländlichen Raum.

Georg Wiesinger/Ingrid Machold

Dörfliche Gemeinschaften und soziale Integration

**Soziale Integration/Ausgrenzung in
Sozialsystemen peripherer ländlicher Regionen**

Georg WIESINGER

Ingrid MACHOLD

Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Wien, Dezember 2001

INHALTSVERZEICHNIS

1. STAND DER FACHDISKUSSION 4

1.1. SOZIALE DIMENSION VON LÄNDLICHKEIT BZW. RURALITÄT 4

1.2. REGIONALPOLITISCHE DETERMINATION UND ABGRENZUNG LÄNDLICHER RÄUME 9

1.3. SOZIALE AUSGRENZUNG – SOZIALE INTEGRATION 12

2. DÖRFLICHES GEMEINWESEN UND SOZIALE INTEGRATION 15

2.1. REGIONALWIRTSCHAFTLICHE FAKTOREN 15

2.1.1. Die Entwicklung des ländlichen Raumes 15

2.1.2. Relativer Bedeutungsverlust der Landwirtschaft 16

2.1.3. Bäuerliche Erwerbskombination und ländlicher Arbeitsmarkt 17

2.2. DER EINFLUSS LOKALER SOZIOKULTURELLER FAKTOREN IM LÄNDLICHEN RAUM 18

2.2.1. Nachbarschaftshilfestrukturen und die Bereitschaft zur Hilfe 19

2.2.2. Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen 21

2.2.3. Soziale Netzwerke, soziale Integration 22

3. SOZIALE AUSGRENZUNG IM LÄNDLICHEN RAUM 25

3.1. ARBEITSMARKT, WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUR 28

3.2. MOBILITÄT 30

3.3. BILDUNGSANGEBOT 32

3.4. WOHNEN 33

3.5. SPEZIFISCHE BETROFFENENGRUPPEN 35

3.6. GENDER MAINSTREAMING: SOZIALE BENACHTEILIGUNG VON FRAUEN 41

4. WEITERE ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR DAS REGAB PROJEKT 43

4.1. PSYCHOLOGISCHE DIMENSION SOZIALER AUSGRENZUNG 43

4.2. SOZIAL NACHHALTIGE KONZEPTE EINER INTEGRALEN REGIONALENTWICKLUNG 45

4.3. SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION VON JUGENDLICHEN IN LÄNDLICHEN REGIONEN 48

5. ZUSAMMENFASSUNG 51

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR 56

ZIELE, FORSCHUNGSFRAGEN

Im Rahmen des Forschungsprojekts RegAB „Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen im Kontext des niederösterreichischen Beschäftigungspaktes“ sollen Faktoren, welche auf kleinregionaler ländlicher Ebene in Richtung einer sozialen Integration bzw. eines sozialen Ausschlusses wirksam sind, einer Analyse unterzogen werden. Dabei gilt es neben einer wissenschaftlichen theoretischen Auseinandersetzung auch einige sehr konkrete Fragen zu beantworten: Was sind die wesentlichen Faktoren für soziale Integration/soziale Ausgrenzung in ländlichen Regionen und wodurch unterscheiden sich diese von jenen in städtischen Regionen? Wie verändern sich dörfliche Sozialsysteme und was sind dabei die beherrschenden Einflussfaktoren? Wie reagieren dörfliche Sozialsysteme auf Menschen, die nicht einer gängigen Norm entsprechen? Wie definieren sich diese gängigen Normen und Werthaltungen bzw. welchem Wandel unterliegen sie? Können die aktuellen dörflichen Sozialsysteme Integrationsleistungen gerade für Menschen mit besonderen Bedürfnissen noch erbringen bzw. welche Voraussetzungen müssten dafür geschaffen werden?

Ländliche Regionen unterliegen einem rasanten Wandel in den sozialen und ökonomischen Strukturen. Die Ursachen dafür sind sowohl in nationalen, politischen und gesamtgesellschaftlichen Prozessen, als auch im internationalen Kontext zu suchen. Nationale Politikmaßnahmen im Bereich der Regional-, Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind genauso verantwortlich wie etwa Auswirkungen der Reform der Agrar-, Regional- und Strukturpolitik der EU (AGENDA 2000) oder der Ergebnisse von Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) und der damit verbundenen Globalisierung. Daneben gibt es auch gesellschaftliche Entwicklungen, die außerhalb der direkten politischen Einflussosphäre liegen, wie Wertewandel, Lebensstile etc. Die Gesellschaft allgemein differenziert sich immer weiter. Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen sind Kennzeichen aller postfordistischen Dienstleistungsgesellschaften. Diese Entwicklung greift mittlerweile auch in den peripheren ländlichen Regionen mit den unterschiedlichsten Folgen einer kulturellen Ausdifferenzierung, Auflösung der Großfamilien, Aufbrechen von traditionellen Solidargemeinschaften, um nur einige relevante zu nennen.

Lokale Märkte werden immer stärker von der Globalisierung erfasst. Unternehmen können dabei die komparativen Kostenvorteile ländlicher Regionen (niedrige Löhne, niedrigere Standards, gewerkschaftlich schlechter organisierte ArbeitnehmerInnen usw.) nutzen. Diese Entwicklung kann zu Abhängigkeiten und Peripherie führen. Andererseits gibt es im Zusammenhang mit der Globalisierung aber auch positive Effekte, wie das Entstehen von neuen Marktnischen, die Entwicklung lokaler Produkte oder eine eigene regionale Identität. Es gibt das neue Schlagwort vom „selling the local to the global“ (Shucksmith 2000). Ländliche Regionen dürfen daher nicht mit soziokultureller Tradition und wirtschaftlicher Unterentwicklung gleichgesetzt

werden. Manche ländliche Regionen weisen heute ein rascheres Wachstum als viele städtische Regionen auf.

Im vorliegenden Diskussionspapier wird zunächst ein kurzer Überblick über den Stand der Diskussion zur Definition von Ruralität bzw. Ländlichkeit im Gegensatz zur Urbanität bzw. städtischen Lebens gegeben. Dabei sollen nicht nur regionalpolitische und ökonomische sondern auch gesellschaftliche und soziokulturelle Faktoren beleuchtet werden. Ausgehend von dieser grundlegenden Analyse wird in weiterer Folge die Funktionsweise dörflicher Sozialsysteme in Hinblick auf integrierende bzw. ausgrenzende Faktoren charakterisiert und einige Ansatzpunkte für Reformmaßnahmen vorgestellt.

1. Stand der Fachdiskussion

1.1. Soziale Dimension von Ländlichkeit bzw. Ruralität

Mit ländlichen Räumen werden im allgemeinen schöne, naturbelassene, überwiegend landwirtschaftlich geprägte, eher rückständige, relativ dünn besiedelte Landschaften mit einem reichen kulturellen Erbe und engen sozialen Kollektiven assoziiert. Diese Zuordnungen stellen aber häufig Projektionen einer nach reiner Luft und Erholungsmöglichkeiten strebenden urbanen Bevölkerung dar, die mit der Realität oft wenig zu tun haben. Die ländliche Bevölkerung mag da durchaus andere Vorstellungen haben. Aufgrund dieser unterschiedlichen Werthaltungen und der Abgrenzungskriterien sollte man unter ländlichem Raum daher weniger ein eindeutig abgrenzbares ländliches Gebiet sondern vielmehr ein sozioökonomisches Gebilde verstehen, dass zwar eine räumliche Bezugsebene hat, sich aber in erster Linie durch bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Eigenheiten ausweist.

In den entwickelten westlichen Industriegesellschaften lässt sich ein dynamischer Einfluss sozioökonomischer und kultureller Faktoren in Bezug auf die Wahrnehmung jener Räume festzustellen, die gewöhnlich als „ländlich“ oder „rural“ charakterisiert werden. Um die Natur dieser Veränderungsprozesse entwickelte sich eine breite Debatte über den geeigneten theoretischen Rahmen für eine Charakterisierung ländlicher Gesellschaften. Untermuert wurden diese theoretischen Ansätze durch eine Reihe empirischer Studien, die rurale Phänomene zum Thema haben bzw. auf eine brauchbare Konzeptionalisierung von „Ländlichkeit“ bzw. „Ruralität“ abzielen. Grundlegende Arbeiten dazu wurden unter anderen von Bradley/Lowe (1984), Bryden (1995), Coke/Goodwin (1992), Day/Murdoch (1993), Hoggart/Paniagua (2001), Little (1999), Miller (1996), Mormont (1990), Murdoch/Pratt (1993), Shucksmith (2000) und Young (1999) geleistet.

Die Schwerpunkte landsoziologischer Arbeiten lagen in den Fünfziger und Sechziger Jahren in Dorfstudien. Laut Mahon (2001) versuchte man ländliche Gesellschaften

anhand der spezifischen sozialen Struktur ihrer BewohnerInnen zu charakterisieren. Das Konzept der Dorfgemeinschaft resultierte aus einer engdefinierten Einheit, welche mit positiven Attributen wie relativ „stabilen sozialen Beziehungen“, „Nachbarschaft“ oder „Verwandtschaft“ konnotiert wurden. Dabei wurden ländliche Regionen häufig unhinterfragt als Idyllen wahrgenommen. Das Leben und die Arbeit verliefen natürlicher, langsamer und stressfreier als in städtischen Ballungszentren. Der geographische Rahmen des Dorfes wurde dabei meist auf die unmittelbare Umgebung der Siedlung begrenzt und ländliches Leben als natürlich gegebene, kaum veränderbare Antithese zum städtischen Leben erklärt. Konservative Perzeptionen verteidigen diese ursprünglichen, einzigartigen ländlichen Gesellschaften vor den negativen äußeren Einflüssen der lasterhaften Stadt. In diesem Sinne diagnostiziert etwa Kromka (1987) einen moralischen Verfall, einen Untergang der Werte in der gesamten Gesellschaft. Die Ausbreitung post-materialistischer Werthaltungen gefährde die bürgerliche Arbeitsethik als Grundlage der Wirtschaft. Im ländlichen, d.h. im bäuerlichen Bereich wäre hingegen die "Agrarmoral" noch in besonderer Weise lebendig. Die bäuerliche Bevölkerung stelle deshalb ein "Bollwerk gegen den Wertewandel" dar.

Im Zeitalter der Globalisierung, der dynamischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen wurden im wissenschaftlichen Diskurs viele dieser Ansätze aufgegeben oder zumindest relativiert. Eine der Hauptursachen dafür waren die gestiegene Mobilität und engere überregionale wirtschaftliche und kulturellen Austauschbeziehungen. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land wurden auf vielen Ebenen immer geringer. Die Auffassung einer strengen Dichotomie zwischen Ruralität und Urbanität ließ sich nicht weiter aufrechterhalten, der Versuch einer räumlichen Identifikation anhand spezifischer Lebensformen und traditioneller Sozialstrukturen musste aufgeben und von einer mehr oder weniger homogenen dörflichen Gemeinschaft bzw. Gesellschaft abstrahiert werden. Durch die Deagrarisierung, Industrialisierung, Massenkonsum, überregionale Mobilität und Massenkommunikation wurden selbst in peripheren ländlichen Regionen die alten sozialen Strukturen durcheinander gewirbelt und die geschlossenen dörflichen Lebensgemeinschaften ins Wanken gebracht.

Man wich vom strengen Konzept einer räumlichen Determiniertheit des dörflichen Lebens immer stärker ab. Pahl (1966) gelangte zur Auffassung, dass eine ländliche Bevölkerung per se nicht existiere, sondern nur Menschen, die aus verschiedenen Gründen in ländlichen Regionen lebten. Auch Newby (1978) verwarf das Konzept einer homogenen, auf traditioneller Weise funktionierenden ländlichen Gesellschaft. Er setzte seinen Akzent vielmehr auf gegebene Herrschaftsstrukturen, d.h. auf die Analyse der jeweiligen konkreten sozialen Schichtung bzw. Klassenstruktur sowie auf die Fragestellung, ob sich dabei Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen ergäben. In jüngerer Zeit diskutierte Murdoch (1995) die Bedeutung der Klassenanalyse für ein besseres Verständnis der Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen. Auch Newby (1978, 1980) wies auf diesen Aspekt hin, dass neben der landwirtschaftlichen Bevölkerung neue gesellschaftliche Schichten, wie Arbeiter, Angestellte, Zuwanderer aus der Stadt usw. immer mehr Eingang in den ländlichen Gesellschaften fänden und dadurch die soziale Struktur der dörflichen Gemeinschaft entscheidend veränderten.

Analysen externer Einflüsse auf rurale Gesellschaften gewannen immer mehr Gewicht. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse konnten nicht mehr anhand einer einfachen Definition ländlicher Regionen ausgehend von einfachen Parametern wie einer geringen Bevölkerungsdichte oder bestimmten Siedlungsstrukturen erklärt werden. Neue Überlegungen mussten angestellt werden, wie z.B. die Frage, auf welche Weise ländliche Sozialsysteme beeinflusst, welche neuen Erfordernisse an Dienstleistungen und Infrastrukturen dadurch herangetragen werden oder wie sich in räumlicher Hinsicht die Beziehungen zwischen den einzelnen Individuen und den Gemeinschaften verändern. Ein wichtiger Teilaspekt in diesem Zusammenhang ist, dass in vielen Regionen das dörfliche Leben immer mehr von den Bedürfnissen der Tourismusindustrie geprägt wird. Touristen bringen ihre Vorstellungen und Werthaltungen in die Dörfer und beeinflussen somit das Dorfleben.

Ein weiterer Punkt betrifft Einflüsse, die über den unmittelbaren Rahmen des Dorfes hinausreichen. Hoggart (1990) beschreibt beispielsweise den Einfluss irischer Auswanderer in den U.S.A. auf ihre ländlichen Herkunftsregionen. Massenhafte Auswanderung erscheint für die österreichische Situation zwar relativ wenig relevant zu sein, aber es gibt auch Wirkungen, die sich über geringere Entfernung abspielen. Menschen, die einmal in eine Stadt oder in eine andere Region gezogen sind, können die Entwicklung der ländlichen Gesellschaften, aus denen sie ursprünglich stammen, maßgeblich beeinflussen.

Wichtige Ergebnisse lassen sich unter anderem aus Untersuchungen zu Migrationströmen und zur Pendlersituation gewinnen. Traditionell ländliche Gemeinden machen, sofern sie in Pendeldistanz zu Städten gelegen sind, oft einen Transformationsprozess zu Pendlersiedlungen durch. Die traditionelle Ganzheit der Lebenszusammenhänge im Dorf wird dabei aufgehoben. Während das Wohnen in der ländlichen Gegend stattfindet, konzentrieren sich Arbeit und Freizeit auf die städtischen Zentren (Albert 2001). Die Dörfer mutieren zu Pendlergemeinden, in denen das Leben nur noch am Abend oder am Wochenende stattfindet. Pendler als aktivster Teil der Bevölkerung fehlen untertags, der Lebensrhythmus wird von den älteren Menschen und den Daheimgebliebenen, meist Frauen und Kindern geprägt.

Liegen die Dörfer außerhalb einer zumutbaren Pendlerdistanz, laufen sie Gefahr, als Folge von Abwanderung oder Langzeitpendeln nachhaltige Verluste an der arbeitsfähigen Bevölkerung zu erleiden. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) spricht in diesem Zusammenhang von sog. „Problempendlerregionen“, d.h. Regionen, die mehr als ein bis zwei Stunden von größeren Städten entfernt und keine Tourismusregionen sind. Diese sind zunehmend von Arbeitslosigkeit und Entvölkerung betroffen (ÖROK 1997).

In relativer Stadtnähe kann man andererseits häufig eine Bevölkerungszunahme beobachten. Man spricht dabei vom Prozess der „Periurbanisation“ oder „Counterurbanisation“. Gerade in diesen Regionen ändern sich die gesellschaftlichen Strukturen besonders rasch. Die traditionellen ländlichen Sozialsysteme werden dabei nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern auch im Verhaltens- und Wertesystem maßgeblich beeinflusst. Ausschlaggebend ist dabei vor allem die Intensität des Bevölkerungsaustausches zwischen den städtischen und ländlichen Regionen (Abwanderung, Zuzug, Rückwanderung). Diese Migration kann auf Dauer oder nur für eine bestimmte Zeit bzw. einen bestimmten Lebensabschnitt erfolgen. Als Motivation für Migrationbewegungen beruhen laut Blanc (1994) hauptsächlich auf die Wirkung zweier Faktoren, einerseits der Suche nach einem Arbeitsplatz und andererseits das Verlangen nach einer schönen, relativ unberührten, natürlichen, gesunden Wohnumgebung. Die Frage ist dabei aber nicht nur, inwieweit Neuansiedler das ländliche bzw. dörfliche Leben mit beeinflussen, sondern auch, inwieweit sie sich in die dörflichen sozialen Netzwerke integrieren können bzw. sich überhaupt integrieren wollen.

Ein neues ökologisches Bewusstsein entdeckte das Dorf als lebenswertes Wohnumfeld. Diese Entwicklung ist eine weitere Ursache des Pendelverkehrs zwischen Stadt und Land. StadtbewohnerInnen ziehen nicht nur aufs Land, sie nutzen den ländlichen Raum auch in seiner Eigenschaft als Naherholungsraum. Insbesondere auf Familien übt der stadtnahe ländliche Raum eine besondere Anziehungskraft aus. Damit verbunden ist aber auch eine hohe Verkehrsbelastung an Feiertagen und an den Wochenenden (Albert 2001).

Seit den Achtziger Jahren findet in der internationalen Diskussion der Begriff „Lokalität“ eine immer häufigere Verwendung. Der Begriff „Ruralität“ wurde als zu uneindeutig kritisiert. Lokalität wendet sich vom Konzept der engen Dorfgemeinschaft ab und bezieht sich stärker auf eine allgemeine räumlichen Abhängigkeit sozialer Prozesse. Damit sprengt dieser Begriff auch die strenge Stadt-Land-Dichotomie. Der Fokus des Lokalitätsdiskurses lag auf der Charakterisierung des ökonomischen Wandels, aber auch bei der Veränderung der politischen und soziokulturellen Beziehungen. Aus den Analysen ließen sich spezifische „Lokalitäten“ ableiten. Das Konzept der Lokalität erwies sich bei Studien als besonders praktikabel, bei denen es z.B. um die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen in bestimmten geographisch abgrenzbaren ländlichen Regionen mit niedrigen Faktorkosten ging.

Stacey (1969) entwickelte das Konzept des „lokalen Sozialsystems“, mit welchem die Vielfalt der Institutionen an einem bestimmten Ort und die Beziehungen dieser Institutionen zueinander analysiert werden soll. Zu diesen Institutionen zählt sie unter anderem die Familienstruktur, Verwandtschaftsbeziehungen, religiöse Gemeinschaften, politische Organisationen usw. Stacey stützte sich dabei auf Warren (1963), der die äußeren Einflüsse einer sgn. „größeren Gesellschaft“ auf lokale Gemeinschaften untersuchte. Warren unterscheidet bei diesen von außen stammenden Einflüssen zwischen einem sgn. „vertikalen“, oder „extra-lokalen“ Einfluss, welcher direkt von der „größeren Gesellschaft“ ausgeübt wird und einem

„horizontalen“ oder „intra-lokalen“ Einfluss, der die Wirkungen zwischen den einzelnen Lokalitäten beschreibt. Die Ursachen für die wachsenden äußeren Einflüsse liegen in gesamtgesellschaftlichen Prozessen. Das einzelne Mitglied einer lokalen Gemeinschaft verfügt über interne und externe Beziehungen, über spezifische Machtpositionen, Ressourcen und Beschränkungen, die einem ermöglichen oder dabei hemmen, eigene persönliche Interessen zu verfolgen, eine eigene Identität zu gewinnen bzw. einen bestimmten Platz in der Gemeinschaft einzunehmen.

Marsden (1999) konzentrierte sich bei der Analyse der Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen auf den agrarischen Strukturwandel. Er entwickelte dabei eine Typologie für ländliche Regionen, welche vom Einfluss der Bereiche Landwirtschaft, Wohnen und Arbeit/Wirtschaft und deren unterschiedlichen Wechselwirkungen determiniert wird. Die Typologie unterscheidet vier Kategorien: eine stabile, traditionelle ländliche Gesellschaft, einer ländliche Gesellschaft im Wandel, eine paternalistische ländliche Gesellschaft und eine klientelistische ländliche Gesellschaft. Laut Marsden sind die sozialen Beziehungen und Interaktionen, welche sich vor allem aus der jeweiligen Stellung und Machtposition der einzelnen Individuen ergeben, für die Charakterisierung der ländlichen Gesellschaften zentral.

Seit Anfang der Neunziger Jahre gewinnt der Begriff „Ruralität“ im wissenschaftlichen Diskurs wiederum an Bedeutung gerade im Zusammenhang mit der erhöhten Mobilität sowie der Massen- und Telekommunikation. Mormont (1990) stellte für den ländlichen Raum neben einer besonderen Erfordernis von Mobilität auch eine immer manifester werdende Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, eine Umnutzung ländlicher Räume, das Auftreten neuer sozialer Netzwerke sowie die Veränderung der Beziehungen der einzelnen Individuen zueinander und zum ländlichen Raum an sich fest. Dabei ging es ihm weniger um die Zugehörigkeit eines Individuums zu einem bestimmten Raum, sondern vielmehr um „die Möglichkeiten, welche ein bestimmtes Individuum hat, an der Vielfalt der lokalen/regionalen sozialen Netzwerke und Beziehungen teilhaben zu können“. Mormont bezeichnet diese Möglichkeiten als ein „multiples Lokalitätsphänomen“. Daraus ergibt sich eine soziale Hierarchie, an deren obersten Sprosse jene stehen, die am meisten von diesen lokalen/regionalen sozialen Netzwerken und Beziehungen profitieren. Am unteren Ende finden sich all jene, für die der geographische Raum entweder neutral oder sogar negativ ist, d.h. die keine besonderen Vorteile daraus ziehen können, einem bestimmten ländlichen Sozialsystem anzugehören. Ruralität definiert sich demnach auch aufgrund der Möglichkeiten, Ressourcen zu mobilisieren und persönliche Allianzen zu schmieden. Ruralität stelle daher weder eine klar abgrenzbare Kategorie noch eine territoriale Einheit dar, sondern definiere sich „aus der sozialen Produktion unterschiedlicher Bedeutungen und dem Kampf im regionalen Kontext die eigenen Vorstellungen anderen aufzuzwingen“ (ebenda). Als weitere Schlussfolgerung ergibt sich daraus, dass man bei der Definition eines Raumes nicht nur das Augenmerk auf die darin lebenden Individuen richten, sondern auch akzeptieren muss, dass diese Individuen zur selben Zeit auch anderen Räumen angehören können. Die Identität der Individuen formt sich auch aus den Beziehungen über einen Raum hinaus und aus der Fähigkeit, regionale sowie überregionale Bündnisse zu finden.

In der Postmodernismuskonzeption schlugen Murdoch/Pratt (1993) ein reflexives Konzept zur Definition von „Ruralität“ vor. Zugrunde liegt diesem Ansatz die Produktion einer Vielfalt sgn. „ländlicher Erfahrungen“. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Erfahrungen nun tatsächlich „ländlich abgrenzbare“ sind oder nur als solche eingebildet werden. In eine ähnliche Richtung geht der Ansatz von Halfacree (1993). Sie untersuchte die Frage, wie Personen „Ruralität“ wahrnehmen, d.h. „wie Personen die Komplexität von Reizen und Erkenntnissen aus der physischen und sozialen Umwelt, in die sie eingebunden sind, wahrnehmen, ausdrücken und analysieren“ (ebenda). Auf der Ebene der sozialen Interaktion bezeichnet Ruralität daher ein in einem räumlichen Bezug stehendes soziales System, wobei die einzelnen Personen dabei durchaus sehr unterschiedliche Wahrnehmungen haben können.

In der Diskussion um den sozialen Wandel in den ländlichen Regionen wird auch die Frage nach der Bedeutung der Machtverhältnisse innerhalb der dörflichen Gemeinschaften gestellt. Auf diesen Punkt wiesen vor allem Murdoch/Pratt (1993) hin. Die einzelnen Akteure entwickeln dabei ihre eigene Version von Ruralität, welche sie anderen aufzwingen. Bei diesen Analysen geht es nicht nur um die Komplexität der dörflichen Sozialstrukturen sondern auch um die Konsequenzen, welche letzten Endes zu Akzeptanz, Integration bzw. sozialer Marginalisierung und Ausgrenzung führen. Little (1999) befasste sich vor allem mit der Situation und den Ursachen sozialer Ausgrenzung in dörflichen Sozialsystemen. Bei der Analyse der Mechanismen dieser Machtbeziehungen nahm sie dabei die von Callon/Latour (1981) entwickelte „Akteur-Netzwerk Theorie“ (ANT) zur Grundlage. Bei der ANT geht es um soziale Netzwerkeffekte, die aus den gegebenen Organisationsstrukturen, sozialen Beziehungen und aus der konkreten Machtverteilung entstehen. Die Gesellschaft wird dabei als heterogenes Netzwerk bestehend aus der Wirtschaft, Organisationsstrukturen, Technologien, Familienverbänden usw. definiert. In diesem komplex strukturierten Netzwerk entwickeln die einzelnen Akteure ihre Interessen und üben Macht über andere aus. Laut Marsden et al. (1993) haben diese Netzwerkaktionen sowohl einen sozialen als auch einen räumlichen Bezug. Daraus entsteht ein „sozialer Raum“, der sowohl rural als auch nicht-rural sein kann. Die ANT gewinnt heute als Methode zur Analyse des sozialen Wandels in Hinblick auf die Rolle der NGO's bei der Entwicklung ländlicher Initiativen immer mehr Bedeutung. Das Auftauchen von Interessensgemeinschaften, die nicht an einen bestimmten Ort gebunden sind, sondern die vielfältige Beziehungen zu unterschiedlichsten lokalen bzw. nicht-lokalen Netzwerken und Vereinigungen unterhalten, ist ein Zeichen dafür, wie sich die Bedeutung und der Stellenwert der Räume im Zusammenhang mit sozialen Phänomenen ändert.

1.2. Regionalpolitische Determination und Abgrenzung ländlicher Räume

Auch das regionalpolitische Verständnis von Regionen hat sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs zunehmend gewandelt (Danielzyk 2000). Regionen gelten heute nicht mehr primär als administrativ eindeutig abgegrenzte Einheiten, sondern vielmehr als spezifische Zusammenhänge raumrelevanter Interaktionen, wie etwa problembezogene Allianzen, Kooperationsbeziehungen, Netzwerke, soziale

Kontexte oder institutionelle Bindungen. Regionen können sich auch überlagern, je nach Investitionen, Beziehungsnetzwerk oder kulturellen Ausprägungen. Blotevogel (1999) spricht von einem „überlappenden Patchwork von Räumen“, Weichhart (1996) von „pulsierenden, oszillierenden Mustern von Interaktionsstrukturen, ohne starrer Grenzen“.

Nach Heintel (2001) definieren sich regionale Einheiten aus spezifischen lokalen und regionalen Voraussetzungen. Bestehende lokale, regionale und überregionale Akteursgruppen und Netzwerke (Humanressourcen, Know-how, „lokales/regionales Wissen“, Kooperationen etc.) sind für die Herausbildung einer Region ebenso mitverantwortlich wie die bestehende Dichte an Infrastruktureinrichtungen. Daher werden überregionale Beziehungen und Beziehungssysteme zukünftig verstärkt an Bedeutung gewinnen und den regionalen Verbund bestimmen. Diese neue Sichtweise von Regionen bedingt auch ein Umdenken und eine Neuorientierung der handelnden Akteure und der Institutionen in der ländlichen Entwicklung.

Des Weiteren gibt es nicht nur eine ländliche Region, sondern viele unterschiedliche ländliche Regionen. Entsprechend des Entwurfs des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts (ÖRK) 2001 zum Thema ländliche Regionen sind ländliche Regionen vielfältig strukturiert und längst nicht mehr mit rein agrarisch geprägten Räumen bzw. Landwirtschaft gleichzusetzen. Ländliche Regionen in unmittelbarer Nähe zu großen Städten unterscheiden sich z.B. sehr deutlich von agrarisch dominierten ländlichen Regionen in peripheren Lagen, die weder im Einzugs- noch im Arbeitsmarktbereich einer Stadt liegen, oder von ländlichen Regionen mit einer starken touristischen Nutzung, wobei es wiederum einen Unterschied macht, ob es sich dabei um Sommer-, Winterfremdenverkehr, Tagesausflugs-, Kurtouristik etc. handelt. Daneben existieren aber auch landwirtschaftlich geprägte Gebiete in Stadtregionen, ja sogar in den Städten selbst (Stadtlandwirtschaft). Ein landwirtschaftlich geprägter Teilraum oder Zone in einer Stadtregion hat mit der Landwirtschaft im Waldviertel oder mit der Landwirtschaft in alten Industriezonen des südlichen Niederösterreichs wenig zu tun. Diese verschiedenen Typen von ländlichen Räumen mit ihren unterschiedlichen Lebensbedingungen sind stark von den Sektorpolitiken und ihren Wirkungen bestimmt. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in ländlich strukturierten Industriegebieten haben dabei ebenso einen Einfluss wie die Agrarpolitik, die Tourismus- und Verkehrspolitik. Darüber hinaus muss man die Aufmerksamkeit auch auf die regionalen Zentren (kleine und mittlere Städte, Marktgemeinden) richten, welche bei der Entwicklung des ländlichen Raumes eine große Bedeutung haben.

Aus diesen angeführten Überlegungen heraus gestaltet sich eine konkrete regionalpolitische Abgrenzung des ländlichen Raumes als ein sehr schwieriges Unterfangen. Die meisten Nationalstaaten verwenden eigene Kriterien zur Definition des „ländlichen Raumes“. Das sind vor allem Indikatoren zur Bevölkerungsdichte, Siedlungsstruktur, der Bedeutung des Landwirtschaftssektors an der Gesamtwirtschaft und ähnliches mehr. Da diese Indikatoren, Berechnungsmethoden

und Schwellenwerte jedoch sehr uneinheitlich sind, lassen sich die ausgewiesenen Räume nicht direkt miteinander vergleichen.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem bei einer regionalpolitischen Abgrenzung von Regionen stellt die jeweilige Größe der Bezugseinheit dar. Je nachdem wie groß man diese wählt, gelangt man zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bei großen geographischen Einheiten können die ländlichen Regionen auch die darin liegenden städtischen Zentren umfassen. Ein weiter wichtiger Aspekt ist, dass gerade im dicht besiedelten und industriell hoch entwickelte Mitteleuropa ländliche und städtische Elemente sehr eng miteinander verflochten sind. Es gibt städtische Gemeinden in überwiegend ländlichen Regionen mit engen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Austauschbeziehungen.

Als relativ praktikabler Maßstab für eine regionalpolitische Abgrenzung erscheint die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelte Regionsanalyse. Diese unterscheidet „überwiegend ländliche Gebiete“, das sind Regionen, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung in „ländlichen“ Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 150 Einwohnern je km² lebt. Neben der geringen Bevölkerungsdichte muss daneben auch ein niedrigeres Einkommensniveau, ein überdurchschnittlich hoher Anteil älterer Personen und ein geringes Dienstleistungsangebot im Verhältnis zur jeweiligen nationalen Situation gegeben sein. In der Kategorie „maßgeblich ländlich geprägte Gebiete“ müssen 15-50% der Bevölkerung in „ländlichen“ Gemeinden leben und in den „überwiegend urbanisierten Gebieten“ weniger als 15% der Bevölkerung. In jedem dieser drei Regionstypen finden sich sowohl städtische als auch ländliche Gemeinden. Mit den skandinavischen Staaten zählt Österreich sowohl auf regionaler Ebene als auch auf Gemeindeebene zu den Staaten mit dem höchsten Bevölkerungsanteil in ländlich strukturierten Gebieten. Nach diesen Kriterien lebt in Österreich 78% der Bevölkerung in ländlich strukturierten Gebieten (davon 40% in überwiegend ländlichen Gebieten und 38% in maßgeblich ländlich geprägten Gebieten) und nur 22% in überwiegend urbanisierten Regionen (Dax 1999).

Tabelle: Bevölkerungsverteilung in der OECD und Österreich

| Regionen | OECD | Österreich |
|----------------------------------|------|---|
| überwiegend ländliche Gebiete | 28% | 40% (städtisch 9%, ländlich 31%) |
| maßgeblich ländliche Gebiete | 32% | 38% (städtisch 27%, ländlich 12%) |
| überwiegend urbanisierte Gebiete | 40% | 22% (städtisch 22%, ländlich 0% ¹⁾) |
| Gesamt | 100% | 100% (städtisch: 58%, ländlich 42%) |

Quelle: OECD 1994, ÖIR, zt. nach Dax 1999

1) Aufgrund der kleinregionalen Einteilung, die v.a. das Stadtgebiet von Wien ohne Umland erfasst, finden sich in Österreich im überwiegend urbanisierten Regionstyp kaum ländliche Gemeinden.

Anders als in vielen Staaten Europas ist die Bevölkerungsentwicklung in den meisten ländlichen Regionen Österreichs positiv. Dabei zeigt sich jedoch ein starkes West-Ost-Gefälle. Die größten Zuwächse ergeben sich in Westösterreich. Ausnahmen sind das nördliche Niederösterreich, Südburgenland sowie einige zentral-alpine Regionen, v.a. in der Obersteiermark (Statistik Austria, Volkszählung 2001 – Rohdaten).

Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind v.a. erfolgreiche Initiativen in der Regionalentwicklung sowie im Bereich der Bergbauernförderung. Österreich konnte, nicht zuletzt als Erfolg bei den EU – Beitrittsverhandlungen, in der Periode 1995-1999 einen überproportional hohen Betrag aus EU – Mitteln zur Förderung des ländlichen Raums lukrieren. Für die neue Periode 2000-2006 stehen für Österreich insgesamt 41 Mrd. ATS zur Verfügung, das sind beinahe 10% der gesamten dafür vorgesehenen EU-Fördermittel, was wiederum wesentlich über dem EU-Durchschnitt ist. Aber nicht nur die Summe der Mittel ist dafür verantwortlich, sondern auch die Qualität der geförderten Projekte. Österreich hat einen überproportional hohen Anteil bei den qualitativ hochwertigen, regionalwirtschaftlich besonders wirksamen Gemeinschaftsinitiativen LEADER, INTERREG, URBAN und EQUAL.

Das System der Bergbauernförderung war in Österreich vor dem EU-Beitritt vorbildlich. Es stellte de facto einen sehr effizienten Einkommensausgleich für die besonders erschwerten Bewirtschaftungsverhältnisse dar und verhinderte eine massive Hofaufgabe und Abwanderung aus den Berggebieten. Das neue EU-System einer Ausgleichszulage für Berggebiete und sonstige benachteiligte Gebiete vertritt zwar eine etwas andere Philosophie (d.h. die Fördersumme richtet sich nicht nach einem Zieleinkommen sondern nach der Größe der bewirtschafteten Fläche), mittels Sonder- und Übergangsregelungen konnte jedoch ein massiver Einkommensrückgang bei den Bergbauern und Bauern in den sonstigen benachteiligten peripheren Gebieten verhindert werden.

1.3. Soziale Ausgrenzung – Soziale Integration

Es lassen sich mehrere Konzepte der sozialen Ausgrenzung wie auch der sozialen Integration mit sehr unterschiedlichen Definitionen unterscheiden. Levitas (1998) führt drei unterschiedliche Aspekte bzw. Ansätze ins Treffen:

- *Integrationsaspekt*: dabei wird die Erwerbsarbeit als entscheidender Faktor gesehen; eigenes Erwerbseinkommen schafft Unabhängigkeit, Identität, Selbstwertgefühl und Integration in soziale Netzwerke
- *Armutsaspekt*: dabei werden fehlendes bzw. niedriges Einkommen sowie Mangel an materiellen Ressourcen für soziale Ausgrenzung verantwortlich gemacht

- *Sozialer Unterschichtaspekt:* sozialer Ausschluss resultiert als Folge von Nicht-Angepasstsein an den kulturellen und moralischen Normen einer Gesellschaft; die Ausgeschlossenen entwickeln eine eigene „Kultur der Armut“ und werden darüber hinaus von der Allgemeinheit für ihre eigene missliche Lage verantwortlich gemacht.

Soziale Ausgrenzung ist als vielschichtiger dynamischer Prozess zu verstehen, der weit über rein erwerbsarbeitszentrierte Aspekte hinausreicht. Die Ursachen sozialer Ausgrenzung sind nicht nur individuell sondern resultieren auch aus der Fehlfunktion des sozialen, gesellschaftlichen und politischen Systems. Armut ist eine Folge von sozialer Ausgrenzung und bezeichnet die Unfähigkeit am Lebensstil der Mehrheit der Bevölkerung aufgrund mangelnder Ressourcen teilhaben zu können. Während der Begriff Armut primär unter dem Aspekt der Verteilung von Ressourcen Verwendung findet, richtet sich die soziale Ausgrenzung auf Beziehungsverhältnisse wie z.B. geringe Teilnahme an der Gesellschaft, Mangel an sozialer Integration oder Machtlosigkeit.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist jener von Shucksmith/Reimer (zt. nach Wiesinger 2000). Sie unterscheiden im Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung vier wesentliche und entscheidende Systembereiche:

- (i) den ökonomischen Bereich und den Arbeitsmarkt
- (ii) den staatlichen Bereich
- (iii) den Bereich der freiwilligen Hilfsleistungen
- (iv) das private Netzwerk an Freunden und Familie

Der erste Systembereich umfasst in der Hauptsache den primären Arbeitsmarkt. Bezahlte Erwerbsarbeit ermöglicht dem einzelnen Individuum ein monetäres Einkommen und damit auch Unabhängigkeit, Status, gesellschaftliche Integration und Anerkennung. Ein weiterer Bereich liegt in der Rolle des Staates, d.h. im Angebot an kommunalen öffentlichen Infrastruktureinrichtungen und Sozialleistungen. Hier können Spitäler, Schulen, Ämter, öffentliche Bauten, staatlich geförderte Wohnungen etc. angeführt werden. Der Freiwilligensektor ist eine weitere entscheidende Ebene, welche potentiell soziale Ausgrenzung verhindern kann. Die Unterstützung erfolgt hier größtenteils in Form von unbezahlter Arbeit, welche von örtlichen Vereinen, freiwilligen und gemeinnützigen Organisation erbracht wird. Gerade in ländlichen Regionen spielen Frauen im Bereich karitativer Leistungen eine überproportional wichtige Rolle. Im Bereich der freiwilligen Hilfsleistungen gilt es das Angebot an NGOs, Hilfsinstitutionen etc. auf regionaler/lokaler Ebene in Hinblick auf ihr Potential zu klären, gefährdete Menschen sozial zu integrieren bzw. in Problemsituationen auffangen. Der letzte Systembereich beinhaltet die privaten

Netzwerke. Darunter versteht man Freunde, Familie, Nachbarn, welche dort weiterhelfen und integrativ tätig werden können, wo die übrigen Sektoren versagen. Beispielsweise finden Jugendliche am Land oft nur über die Vermittlung von Freunden und Bekannten eine Lehrstelle, insbesondere dann, wenn sie in irgend einer Weise auffällig sind oder von einer allgemeinen Norm abweichen (Philip/Shucksmith 1999).

Faktoren für die soziale Ausgrenzung hängen insbesondere in den ländlichen Regionen eng mit einem Versagen von öffentlichen Diensten und privaten Netzwerken zusammen, vor allem in den Bereichen Transportwesen, sozialer Wohnbau und Kinderbetreuung. Staatliche Transferleistungen erreichen oft nicht die potentiellen Adressaten und der Zugang zu wichtigen Informationen ist gerade in den entlegenen Gebieten oft noch immer unzureichend (Shucksmith 2000).

Es soll noch ein drittes Konzept für soziale Integration, Ausgrenzung bzw. Armut angeführt werden. Dieses in der Schweiz entwickelte Modell beruht auf ein Lebenslagenkonzept mit einzelnen Lebensbereichen (Leu et al. 1997). Die Lebensbereiche und Dimensionen betreffen sowohl absolute als auch relative Armutskonzepte und können einzeln jeweils über subjektive und objektive Indikatoren bewertet werden, wodurch eine Beschreibung der Lebensqualität von den einzelnen Bevölkerungsgruppen möglich wird.

Tabelle: Lebensbereiche und Dimensionen der Armut nach Leu et al. 1997

| Lebensbereich | Dimensionen |
|-----------------------------|---|
| 1. Wohnsituation | - Wohnqualität - Wohnstatus - Kosten der Wohnungsversorgung - Zufriedenheit mit dem Wohnen |
| 2. Arbeit und Ausbildung | - Erwerbsstatus - Berufliche Stellung und Arbeitssituation - Erwerbslosigkeit - Zufriedenheit mit der Arbeit - Bildungsniveau - Zufriedenheit mit der Ausbildung |
| 3. Soziale Herkunft | - Elternhaus während der Sozialisation - Subjektive Schichteinstufung |
| 4. Private Netzwerke | - Soziale Kontakte - Zufriedenheit mit sozialen Kontakten |
| 5. Subjektives Wohlbefinden | - Lebenszufriedenheit - Besorgnis- und Anomiesymptome |
| 6. Gesundheit | - Wahrnehmung gesundheitlicher |

| Lebensbereich | Dimensionen |
|--------------------------|--|
| | Probleme - Behinderung und Pflegebedürftigkeit - Arzt- und Spitalbesuch - Versicherungsschutz - Zufriedenheit mit der Gesundheit |
| 7. Finanzielle Situation | - Haushaltseinkommen - Finanzielle Belastungen - Subjektiver Einkommensbedarf - Zufriedenheit mit dem Einkommen |
| 8. Demographie | - Demographische Merkmale - Haushalts- und Familienstruktur |
| 9. Bewältigungsstrategie | - Problemlagen und Bewältigungsstrategie - Erfahrungen mit Ämtern und Behörden |

Dieses Lebenslagenkonzept erweist sich als sehr brauchbar bei der Analyse von Ursachen, Zusammenhängen und dynamischen Wechselwirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie bei der Entwicklung von Bewältigungsstrategien und Maßnahmen bei deren Bekämpfung.

2. Dörfliches Gemeinwesen und soziale Integration

In diesem Abschnitt werden die für soziale Integration resp. soziale Ausgrenzung am wesentlichsten relevanten Faktoren auf regionaler/lokaler Ebene analysiert, wobei zwischen regionalwirtschaftlichen und soziokulturellen Faktoren unterschieden wird.

2.1. Regionalwirtschaftliche Faktoren

2.1.1. Die Entwicklung des ländlichen Raumes

Ländliche Räume unterliegen einem raschen strukturellen Wandel. Die Zusammensetzung der Wirtschaftssektoren im ländlichen Raum ändert sich im Zeitalter der Globalisierung und der Telekommunikation rasch. Die Landwirtschaft verliert zusehends an Bedeutung zugunsten des Dienstleistungssektors. Immer mehr Menschen pendeln, der Anteil der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe wächst, lokale Infrastruktureinrichtungen (Nahversorgung, lokales Gewerbe, Volksschulen, Arzt, Apotheker, Postämter etc.) werden reduziert oder gehen verloren, die individuelle Mobilität steigt (bei gleichzeitigem Rückbau des öffentlichen Transportwesens), etc. Diese Prozesse haben massive Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung im Hinblick auf deren demographische Zusammensetzung, soziale Beziehungen und kulturelle Situation.

Die Lage gestaltet sich aber nicht einheitlich. Zwischen den einzelnen ländlichen Regionen lassen sich große Unterschiede feststellen. Während einzelne Regionen Zeichen des Niedergangs zeigen, weisen andere wiederum eine sehr dynamische Entwicklung auf, die durchaus über jener städtischer Industrieregionen liegen kann. Devastierung und Periurbanisation sind zwei Eckpunkte einer Entwicklung. Die Trends haben sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen. Die Betroffenheit ist nicht in gleichem Maße gegeben. Während die einen von den Entwicklungen profitieren oder kaum betroffen sind, laufen andere wiederum Gefahr dabei wirtschaftlich und sozial zu verlieren.

Die Auswirkungen der Globalisierung stellen sich für die BewohnerInnen des ländlichen Raumes laut Shucksmith (2000) sehr unterschiedlich dar, wie nachfolgendes Beispiel veranschaulichen soll. Für einen Börsenmakler, der in einem teuren Haus in einer ländlichen Region im Umkreis einer Großstadt wohnt und in der virtuellen Welt der globalen Finanzmärkte in seinem Büro entweder in der Stadt oder Zuhause arbeitet und leicht zum Flughafen für seine häufigen Überseeflüge gelangt, bedeuten die Auswirkungen der Globalisierung etwas Positives. Ihm bringt die Globalisierung durch Deregulierung und technischen Fortschritt mehr Chancen, Freiheiten und vor allem einen angenehmen ländlichen Lebensstil. Auf der anderen Seite zeigen sich die Auswirkungen der Globalisierung für eine Textilarbeiterin in einer ländlichen Region, welche in einem Betrieb arbeitet, der seinen Standort aufgrund der niedrigeren Lohnkosten in unterentwickelten peripheren Regionen gewählt hat, wesentlich weniger vorteilhaft. Baumann (1998) bringt diesen Prozess damit auf den Punkt, indem er erklärt, dass im ersten Beispiel der Börsenmakler sich durch die Welt bewegt, während im zweiten die Welt zur Textilarbeiterin kommt.

2.1.2. Relativer Bedeutungsverlust der Landwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft verlieren als Sektoren der primären Produktion sowohl gemessen an ihrem Anteil an den Gesamtbeschäftigten als auch am Bruttoinlandsprodukt an Bedeutung. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am gesamten Bruttoinlandsprodukt mit 34,2 Mrd. gerade noch 1,2%. 1991, vor zehn Jahren waren es noch 2,7% (BMLFUW 2001). Die Ursache liegt dabei nicht nur in den niedrigeren Agrarpreisen seit dem EU-Beitritt sondern auch in gesamtgesellschaftlichen Prozessen. Der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten an allen Berufstätigen betrug im Jahr 2000 nur noch 5,4%. 1951 waren es noch 32,3% (ebenda). Es gibt kaum mehr eine Region, wo die Agrarquote über 15% liegt. Die Landwirtschaft wurde zu einem untergeordneten Produktions- und Einkommensbereich in der gesamten Volkswirtschaft.

Trotz dieser geringen ökonomischen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft selbst in den ländlichen Regionen gehen von ihr Wirkungen aus, die weit über ihren eigentlichen Wirtschaftsektor hinausreichen. Zum einen leben immer noch etwa drei Mal so viele Menschen auf landwirtschaftlichen Betrieben, als dort tatsächlich tätig sind, zum anderen kommt es zu einer immer engeren Verflechtung der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftssektoren, insbesondere mit dem Fremdenverkehr, der Bau- und Energiewirtschaft, der Nahversorgung und der Infrastrukturen. Viele Leistungen im Zusammenhang der Erhaltung der sgn.

Kulturlandschaft könnten ohne diese „multifunktionale Landwirtschaft“ nicht erbracht werden.

Gerade in naturräumlich benachteiligten, peripheren Regionen und Berggebieten ist es wesentlich, dass die Besiedlung aufrechterhalten wird. Wird ein Betrieb einer benachteiligten Region einmal aufgegeben, so ist das meist endgültig. In Österreich wurden bereits sehr frühzeitig, d.h. in den Siebziger Jahren, spezielle Förderungsmaßnahmen zur Erhaltung der Besiedlung und der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung wie etwa das Bergbauernsonderprogramm, implementiert. Sie trugen dazu bei, dass anders als in anderen Alpenregionen (v.a. Frankreich und Italien) es zu keiner massiven Abwanderung und Aufgabe alter Siedlungsräume kam. Die Philosophie dieser Förderprogramme bestand daran, allen jenen, die bereit waren, weiter auf ihren Höfen zu wohnen und diese dauernd zu bewirtschaften über Direktzahlungen die natürlichen und sozialen Erschwernisse abzugelten und ihnen dadurch ein entsprechendes Einkommen zu ermöglichen.

2.1.3. Bäuerliche Erwerbskombination und ländlicher Arbeitsmarkt

Landwirtschaftsnahe Tätigkeiten (Ver- und Bearbeitung von selbsterzeugten Produkten, Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof, land- und forstwirtschaftliches Nebengewerbe usw.) und die Kombination mit außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen wurden und werden in Österreich besonders gefördert. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Ausbildung und beruflicher Qualifikation. Neben einer allgemeinen Bildungsoffensive geht es dabei vor allem um die Vermittlung einiger grundlegender, für die Landwirtschaft besonders wichtiger „Schlüsselqualifikationen“, das sind praktische Fertigkeiten, die für die Führung eines modernen landwirtschaftlichen Betriebes besonders wichtig sind (handwerkliche Ausbildung, Betriebswirtschaft und Buchhaltung, EDV und Telekommunikation, etc.). Diese Schlüsselqualifikationen sollen auch den Umstieg in einen qualitativ hochwertigen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt erleichtern. Der ländliche Arbeitsmarkt ist in der Regel wesentlich beschränkter, das Angebot an Arbeitsplätzen weniger vielfältig als in wirtschaftlich prosperierenden urbanen Zentren. Daraus ergibt sich auch die Forderung nach einer bereichsübergreifenden Ausbildung, nach Bildungsmodulen (Baukastenprinzip) sowie einer erhöhten Durchlässigkeit (Osmose) zwischen agrarischer Ausbildung und nichtlandwirtschaftlichen Bildungsbereichen.

Das Bildungsniveau der bäuerlichen Jugend hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich gehoben. Waren früher Bauern und Bäuerinnen gezwungen, sich als Hilfskräfte zu verdienen, eröffnen sich heute bessere Chancen am allgemeinen Arbeitsmarkt. Auch dadurch gewann die Nebenerwerbslandwirtschaft (auch Erwerbskombination, Pluriaktivität genannt) eine immer größere Bedeutung. Etwa 60% der österreichischen Agrarbetriebe werden heute bereits im Nebenerwerb geführt. Regional liegt dieser Prozentsatz aber noch wesentlich höher, etwa im Tiroler Oberland oder im südlichen Burgenland mit 80-85% aller Betriebe.

Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der österreichischen Landwirtschaft ist nicht nur hoch sondern auch relativ stabil. Es hat sich erwiesen, dass der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb nicht unbedingt eine Zwischenstufe vom Haupterwerbsbetrieb auf dem Weg zu einer Betriebsaufgabe ist, sondern vielmehr stellt der Nebenerwerb oft auch eine „Form der Integration der bäuerlichen Bevölkerung in das allgemeine Wirtschafts- und Sozialgefüge dar“ (Dax et al, 1993).

Tabelle: Landwirtschaftliche Betriebe nach Erwerbsart in Österreich 1999

| Erwerbsarten | Anzahl | in Prozent |
|--------------------------------|---------|------------|
| Haupterwerbsbetriebe | 80.215 | 36,9 |
| Nebenerwerbsbetriebe | 129.495 | 59,5 |
| Betriebe juristischer Personen | 7.798 | 3,6 |
| Gesamt | 217.508 | 100,0 |

Quelle: Grüner Bericht über die Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft 2000, Wien 2001

Trotz allem lassen sich in diesem Zusammenhang auch negative Aspekte feststellen. Bauern und Bäuerinnen, die als Nebenerwerbsbauern bzw. Erwerbskombinierer außerlandwirtschaftlich berufstätig sind, unterliegen einer mehrfachen Arbeitsbelastung. Außerdem sind sie nicht nur von der Agrarpreisentwicklung sondern auch von der Konjunktur am Arbeitsmarkt abhängig. Die Nebenerwerbslandwirte stellen oft die konjunkturelle industrielle Reservearmee am Arbeitsmarkt dar, d.h. sie sind oft die ersten, die ihre Arbeitsplätze in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession wieder verlieren.

Die Lebens- und Berufszufriedenheit stehen, und das gilt nicht nur für die bäuerliche Bevölkerung, in engem Zusammenhang mit einem intakten Selbstwertgefühl sowie einer zufriedenstellenden persönlichen und beruflichen Standortbestimmung bzw. Identität. Für den Fortbestand einer klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur und multifunktionalen Landwirtschaft erscheint es daher notwendig, ernsthafte Widersprüche zwischen dem bäuerlichen Selbstbild, der landwirtschaftlichen Berufs- und Lebensrealität sowie den gesellschaftlichen Rollenanforderungen aufzuzeigen und zu überwinden.

2.2. Der Einfluss lokaler soziokultureller Faktoren im ländlichen Raum

In der zeitgenössischen nostalgischen Kulturkritik fällt nach Pevetz (1999) bald einmal das Wort von der soziokulturellen Verödung ländlicher Räume und dörflicher Gemeinwesen. Die DorfbewohnerInnen seien heute außenorientiert, Deagrarisierung und Pendlertum verschoben den Schwerpunkt der Lebens- und Freizeitinteressen zunehmend aus dem Dorf hinaus. Insbesondere die ländliche Jugend sei passiv

konsumorientiert und zeige nur mehr wenig Interesse an dorfgelundenen sozialen und kulturellen Aktivitäten. Die traditionelle Volkskultur sei entweder weitgehend ausgestorben oder pervertiere sich in Fremdenverkehrsgebieten zum sinnentleerten Folklorismus. Pevetz thematisiert die schwerwiegenden Probleme bei der Aufrechterhaltung eines gesellschaftlichen Lebens in Dörfern ohne Pfarre und Wirtshaus, in Dörfern, deren baulich wie demographisch überalterter Kern zusehends von Zuzüglern eingeschnürt wird und der fehlenden Angebote für die Jugend. Dennoch gäbe es durchaus auch innovative Ansätze, die über die traditionellen Vereine und Institutionen wie Freiwillige Feuerwehr, Musikkapelle und Pfarre hinausreichen. Es ergeben sich daher folgende Fragen:

- Welche soziokulturelle Vereinigungen, Aktivitätsformen usw. lassen sich heute in ländlichen Regionen feststellen?
- Wie vital sind diese Vereinigungen, Aktivitätsformen und wie ist ihre Mitgliedschaft strukturiert in herkunftsmäßiger, altersmäßiger, beruflicher und geschlechtsspezifischer Hinsicht?
- Wie wirken sich Gemeinde- und Dorfstrukturen auf das soziokulturelle Leben aus und umgekehrt?
- Welche fördernde und hemmende Faktoren, auch solcher regionsspezifischer Art, lassen sich feststellen und wie sind ihre Wirkungsweisen?

2.2.1. Nachbarschaftshilfestrukturen und die Bereitschaft zur Hilfe

Mit den wirtschaftlichen Veränderungen ändern sich auch die sozialen Beziehungen in den dörflichen Gemeinschaften. Im Zeitalter der postfordistischen Industriegesellschaft, des Massenkonsums, der medialen Vernetzung und der Globalisierung gewinnen individualistische Grundhaltungen zunehmend an Bedeutung. Persönliche Selbstverwirklichung wird immer öfters über gemeinnützigem sozialen Engagement gestellt. Die alten traditionellen dörflichen Strukturen verlieren an Anziehungskraft. Die Polarität zwischen Stadt und Land wird durch die Moderne weitgehend aufgelöst. Lebensweisen und Meinungstrends nivellieren sich. Es kommt zu einer allmählichen Angleichung bei der Scheidungsrate, dem durchschnittlichen Heiratsalter oder bei der Anzahl der Kinder pro Familie an den nationalen Durchschnitt. Großfamilien und Mehrgenerationenhaushalte werden selten, Singlehaushalte häufiger. Dies hat u.a. massive Auswirkungen auf Lebensstil, Arbeits-, und Freizeitkultur aber auch auf die Wohnbedürfnisse der einzelnen Individuen.

Traditionelle Dorfgemeinschaften zeichnen sich durch fehlende Anonymität, enge zwischenmenschlichen Beziehungen und die Überschaubarkeit der sozialen Verhältnisse aus. Gleichzeitig werden dadurch auch Sitten, Gebräuche und moralische Vorstellungen determiniert. Hilfsbereitschaft und Nachbarschaftshilfe besitzen in diesem Kontext eine bedeutende Rolle, da dadurch oft erst die Funktionsfähigkeit einer sozialen Gemeinschaft garantiert werden kann. Kollektivistische Strukturen sind in einer vorindustriellen Zeit zur Bewältigung bestimmter, von einzelnen nicht leistbaren Aufgaben notwendig, sie fungieren gleichzeitig aber auch als Rückversicherung bei Krisen und Problemsituationen. Man denke etwa an die Arbeitsspitzen bei Ernteeinsätze oder an konkrete

Unterstützungen bei Unglück und Katastrophen durch die Dorfgemeinschaft. In allen dörflichen Gemeinschaften haben sich im Laufe der Zeit entsprechende Hilfsstrukturen in Form von Vereinen, Verbänden etc. herausgebildet. Viele dieser Einrichtungen haben eine lange Tradition, wie etwa kirchliche Vereinigungen oder die freiwillige Feuerwehr. Strukturen der Nachbarschaftshilfe funktionieren aber auch informell, d.h. sie sind von freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen abhängig. Es stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß auch heute noch funktionsfähige Nachbarschaftshilfestrukturen in den ländlichen Regionen gegeben sind bzw. welche Voraussetzungen für entsprechendes Funktionieren gegeben sein müssen.

In einer von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen durchgeführten Studie wurden die organisierten Nachbarschaftshilfeeinsätze in der Landwirtschaft im Rahmen von Maschinen- und Betriebshilferingen untersucht (Wiesinger 1995). Maschinen- und Betriebshilferinge vermitteln Arbeitskräfte an landwirtschaftliche Betriebe, wenn aufgrund von Arbeitsspitzen oder sozialer Notsituationen (Mutterschaft, Krankheit, Todesfall) nicht mehr genügend Arbeitskräfte am Betrieb verfügbar sind. Die Untersuchung erfolgte in fünf naturräumlich sehr unterschiedlichen Regionen Österreichs (Kufstein, Hartberg, Rohrbach, St. Johann im Pongau, Weinviertel). Dabei wurden Bauern und Bäuerinnen befragt, ob in ihrem Dorf die Nachbarschaftshilfe noch so gut funktioniert, dass eine organisierte Nachbarschaftshilfe über Maschinen- und Betriebshilferinge überflüssig sei. Gesamt betrachtet lehnte mehr als die Hälfte der Personen diese Aussage mehr oder minder ab. Nur knapp 17 % stimmten voll zu. Daraus lässt sich schließen, dass im landwirtschaftlichen Bereich in etwa der Hälfte der Dörfer keine ausreichende Nachbarschaftshilfe mehr gegeben ist. Die Gründe liegen dabei v.a. im akuten landwirtschaftlichen Arbeitskräftemangel, nicht unbedingt aber in der Desintegration der dörflichen Gesellschaft. In der Praxis zeigt sich aber, dass generell, d.h. auch für die nichtagrarische Bevölkerung, immer weniger Zeit für kollektive Aufgaben zur Verfügung steht. Eine Hilfsbereitschaft ist zwar oft noch gegeben, kann aber meist nur für kurze Zeit aufrechterhalten werden. Eine Unterstützung für ein paar Tage wird von den DorfbewohnerInnen meist noch getragen, nicht jedoch über einen längeren Zeitraum hinweg.

Aus der Untersuchung geht eine starke regionale Abhängigkeit bei der Hilfsbereitschaft hervor. Dabei spielt das Angebot an potentiellen Hilfskräften eine geringere Rolle als die Siedlungsstruktur und traditionelle soziokulturelle Faktoren. Am höchsten war die Zustimmung im Bezirk Hartberg, obwohl dort viele Menschen im aktiven Alter nach Wien oder Graz pendeln und das Arbeitskräfteangebot für Nachbarschaftshilfe dadurch sehr begrenzt ist. In dieser Region mit einer relativ kompakten Besiedlungsstruktur hat die gegenseitige Hilfsbereitschaft in den Dörfern eine lange Tradition, die selbst unter dem Vorzeichen des Arbeitskräftemangels in einer bestimmten Weise weiterlebt.

Ganz anders erwies sich die Situation im Pongau. Entlang der Salzburger Täler finden sich traditionell weitgehend isolierte und relativ große bäuerliche Einzelhöfe an

den Hängen. Der nächste Hof lag nicht selten in einer größere Entfernung. Eine Nachbarschaft war deshalb im engeren Sinne nicht gegeben. Der Hof bildete in sich eine sozioökonomische Einheit aus Bauernfamilie und Gesinde mit mehreren Generationen. Gegenseitige Hilfe und Unterstützung erfolgte durch die einzelnen Mitglieder innerhalb des Hofes. Mit dem agrarischen Strukturwandel reduzierte sich die Anzahl der BewohnerInnen nachhaltig, d.h. der Betrieb ging als funktionelle soziale Entität verloren (Wiesinger 1995). Gleichzeitig spielt nun der Fremdenverkehr eine zentrale Rolle im Leben der ländlichen BewohnerInnen. Alles Leben dreht sich um die Gäste. Das hat auch Auswirkungen auf das Familienleben. Gerade Kinder leiden sehr darunter, dass ihre Eltern keine Zeit mehr für sie haben bzw. dass Gäste in die Privatsphäre der Familien eindringen (Högl 1995). Die Landschaft mutiert zu einem intensiv genutzten Rummelpark, geleitet von den Prämissen einer hochkapitalisierten Tourismusindustrie. Außerhalb der Saison erliegt das soziokulturelle Leben. Mancherorts schließen selbst die letzten Gasthöfe, den örtlichen BewohnerInnen bleibt kein Raum für Begegnung.

Die Bereitschaft armen Menschen zu helfen ist regional sehr unterschiedlich entwickelt und von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig. Dabei spielt der Zusammenhalt in der Familie, im Bekanntenkreis bzw. in der Dorfgemeinschaft und Nachbarschaft genauso eine Rolle wie etwa die Ursache der sozialen Ausgrenzung, d.h. inwieweit den Betroffenen eine Schuld für ihre Situation angelastet wird. Häufig wehren sich Menschen mit vorgeschobenen Argumenten oder Vorurteilen dagegen zu helfen. Diese Ausgrenzungsmechanismen gibt es natürlich auch in der Stadt, durch die engeren sozialen Kontakte in ländlichen Regionen erhalten sie aber eine andere Qualität.

2.2.2. Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen

Soziale, kulturelle und ökonomische Infrastrukturen sind unerlässlich für den Zusammenhalt der ländlichen Gesellschaft. Es zeigt sich, dass die familiären und dörflichen Strukturen in ländlichen Regionen zunehmend erodieren. Die Anzahl der Mehrgenerationenhaushalte nimmt immer mehr ab und die Gesellschaft wird immer mehr individualisiert. D.h. das soziale Leben findet immer mehr außerhalb der engen Beziehungsgeflechte statt. Auf die Bedürfnisse derjenigen, die dabei nicht mithalten können, wird zu wenig Rücksicht genommen.

Infrastrukturen dürfen dabei allerdings nicht als statisch gesehen werden. Ihre Funktionsfähigkeit und Zweckmäßigkeit können sie nur dann aufrecht erhalten, wenn sie sich entsprechend dem soziostrukturellen Wandel der Gesellschaft und den geänderten Bedürfnissen anpassen. Die Inanspruchnahme von Angeboten, Einrichtungen, Dienstleistungs- und Versorgungsdiensten hängt stark von den konkreten Ansprüchen der Menschen ab. Diese Ansprüche ändern sich sowohl mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen aber auch mit individuellen, biographischen Faktoren. Lebenserfahrung, Bildung, Kommunikation, erweiterter Horizont durch Reisen, Pendeln, bestimmte Lebensabschnitte, um nur einiges zu nennen, sind dabei wichtige Determinanten.

Jugendliche haben heute oft einen sehr weiten Bewegungsradius. Es spielt für sie oft keine Rolle, mit dem Auto weite Strecken zu fahren, sofern sie sich das finanziell einigermaßen leisten können. So gesehen steht ihnen z.B. im Bereich der Freizeit quasi das gesamte Angebot einer Region oder einer noch größeren Einheit zur Verfügung. Sie fahren in eine Großstadt in die Disco, nicht weil es in ihrer Umgebung keine Disco gäbe, sondern um das besondere Flair einer Stadt zu erleben und um andere Leute kennen zu lernen. In ihrer Situation wirkt sich die Peripherie des ländlichen Raumes nur beschränkt hemmend aus. Ganz anders ist dann die Situation, wenn sie arbeiten oder eine Familie gründen. Der Bewegungsradius reduziert sich. Es bleibt einfach weniger Zeit und Energie. Mit dem Alter, der Gebrechlichkeit oder einer Behinderung schränkt sich der Radius noch weiter ein. Je kleiner dieser Radius wird, desto geringer und weniger vielfältig ist das infrastrukturelle Angebote (Dax/Machold 2001). Man könnte daraus eine Theorie der konzentrischen Kreise formulieren. Der Radius der Kreise ändert sich mit der Biographie der Menschen. Entscheidend ist dabei weniger das absolute Angebot von Infrastruktureinrichtungen in einer bestimmten Region sondern deren Erreichbarkeit für bestimmte Menschen. Dazu kommt, dass das vorhandene regionale Angebot sich meist nach einer Gruppe junger, kaufkräftiger, sehr aktiver und mobiler Bevölkerung richtet. Behinderte, alte, gebrechliche und armer Menschen haben von vorne herein einen kleineren Radius und sind daher wesentlich stärker auf die Nahversorgung angewiesen.

Vor allem in den strukturschwachen peripheren ländlichen Regionen lässt sich die Tendenz in Richtung einer Ausdünnung von Infrastruktureinrichtungen beobachten. Die Aufrechterhaltung bzw. nötigenfalls ein weiterer Ausbau eines Mindestmaßes an auf die Bedürfnisse der BewohnerInnen angepassten Infrastruktureinrichtungen sind für die Verhinderung von sozialer Ausgrenzung am Land unerlässlich. Bedeutend sind in erster Linie Strukturen der Mobilität, der Nahversorgung und der Erwerbsmöglichkeiten vor Ort. Dazu zählen u.a. Greißler, Postämter, örtliche Vereine und kulturelle Institutionen. Zu den erforderlichen sozialen Infrastruktureinrichtungen auf regionaler Ebene sind aber auch psychische Beratungsstellen, Schuldner- und Drogenberatungsstellen, Begegnungs-, Integrations-, Frauen- und Kinderhäuser, öffentliche Kultur- und Veranstaltungszentren zu rechnen.

Das alles ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass keine Überlegungen mehr über mögliche Einsparungsmaßnahmen angestellt werden dürfen. Vielmehr soll es darum gehen, ein Netz an bedarfsorientierten, qualitativ hochwertigen und effizienten Strukturen zu gewährleisten. Dazu ist jedoch die Kenntnis über die Ursachen und Wirkungen der Faktoren in Hinblick auf die konkrete Betroffenheit bestimmter Gruppen in der ländlichen Bevölkerung wichtig. Dazu müssten die ländlichen Infrastruktureinrichtungen erhalten bzw. verbessert und dort wo Versorgungsdefizite bestehen, quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut werden.

2.2.3. Soziale Netzwerke, soziale Integration

Das Eingebundensein in privaten Netzwerken verschafft neben den für jeden Menschen notwendigen sozialen Beziehungen und Kontakten auch ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit außerhalb der öffentlichen und staatlichen Systeme.

Private Netzwerke ermöglichen neben den sozialen Interaktionen auch individuelle Bestätigung sowie materielle und immaterielle Hilfeleistungen. Wie bereits gezeigt werden konnte, erodiert in den ländlichen Regionen die traditionelle Form der Nachbarschaftshilfe zunehmend. Die Gründe liegen zum einen in der geänderten demographischen Situation und Erwerbsstruktur, zum anderen aber auch in den generellen Individualisierungsprozessen bedingt durch gesamtgesellschaftliche Veränderungen.

Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft hat traditionelle Funktionen dörflicher Strukturen und das sie umgebende räumliche Umfeld nachhaltig verändert. Örtliche traditionelle Strukturen und Vereine haben sich vielfach überlebt oder können die in sie gesetzten Erwartungen nicht mehr übernehmen. Für die Vitalität des Dorflebens und der dörflichen Vereine ist in erster Linie die Jugend verantwortlich. Gelingt es nicht, diese anzusprechen und zu integrieren oder entsprechende Einrichtungen für deren Bedürfnisse zu schaffen, so ist die dörfliche Gemeinschaft einem starken Desintegrationsprozess ausgesetzt. Auf Dauer lassen sich die alten Strukturen mit den älteren Menschen einer Dorfgesellschaft nicht aufrecht erhalten.

Aus einer von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen durchgeführten Studie zur Situation von Jugendlichen im ländlichen Raum geht hervor, dass ländliche Gesellschaften oft in hohem Maße durch verfestigte institutionelle Strukturen geprägt sind. Jenseits einer etablierten Vereinskultur (wie Musikverein, freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Landjugend, katholische Jugend etc.) und volkstümlicher Veranstaltungen gibt es für Jugendliche häufig nur ein sehr geringes Angebot an kulturellen Möglichkeiten wie Kino, Konzerte, Theater und dergleichen. Öffentliche Plätze oder Treffpunkte, Jugendzentren, in denen sich Jugendliche aufhalten können, ohne etwas konsumieren zu müssen, stehen praktisch nicht zur Verfügung. Für einzelne Personen oder Gruppen, die versuchen neue Ideen in einer Gemeinde oder in der Region zu verwirklichen, bleibt wenig Gestaltungsspielraum. Vorschläge zu Veränderungen oder Neuerungen, die jenseits der traditionellen Ausdrucksmöglichkeiten etwas bewirken wollen, erfahren in einer Sozialstruktur, die sich stark am Gegebenen, an den herkömmlichen Strategien orientiert, zunächst meist kaum Unterstützung. So werden in der Wahrnehmung der Jugendlichen Entscheidungsprozesse, die eine bestimmte Gruppe, eine Gemeinde oder die Region betreffen, durch männliche Erwachsene (Bürgermeister, Gemeinderat, etc.) dominiert, die wenig Verständnis für die Belange der Jugendlichen aufbringen und nur in seltenen Fällen versuchen, Jugendliche in Diskussionsprozesse und Entscheidungen einzubeziehen. Daraus ergibt sich bei vielen Jugendlichen der Eindruck geringer Einflussmöglichkeiten, oft sogar von Machtlosigkeit. Ein Großteil der befragten Jugendlichen fühlt sich von den Erwachsenen nicht ernst genommen und sogar mit Vorurteilen betrachtet. Persönliches Engagement wird für Jugendliche auch durch die Tatsache erschwert, dass viele aufgrund der Schule, der Lehre oder des Arbeitsplatzes im frühen Alter aus der Region pendeln (müssen) und vergleichsweise wenig Zeit in der Region verbringen. Hinzu kommt noch, dass viele damit rechnen, die Region aufgrund des Arbeitsplatzes zu verlassen bzw. verlassen zu müssen, Engagement erscheint unter solchen Bedingungen als Vergeudung (Dax/Machold 2001).

Ein weiteres Faktum ist, dass das Risiko sozial an den Rand gedrängt zu werden, innerhalb einer Gesellschaft äußerst ungleich verteilt ist. Die soziale Herkunft und die Situation des Elternhauses ist dabei in hohem Maße entscheidend. Armut wird ebenso vererbt wie Reichtum. Entscheidend dafür, in welchem Maße dies geschieht, ist das Ausmaß der sozialen Stratifikation sowie die soziale Durchlässigkeit zwischen den sozialen Schichten einer Gesellschaft. Es spielt dabei nicht nur das Ausmaß der sozialen Ungleichheit, sondern auch die Tatsache eine Rolle, inwieweit Ausbildungswege und berufliche Karrieren für die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft offen stehen. Nach dem Kapitalkonzept von Pierre Bourdieu (1987) haben dabei nicht nur die finanzielle und materielle Ausstattung, sondern auch soziale und informelle Beziehungen eine große Bedeutung. Ein verarmter Arztsohn hat bessere Voraussetzungen der sozialen Ausgrenzung zu entgehen, auch wenn er nichts gelernt hat, weil er die richtigen Leute kennt oder über ein bestimmtes selbstbewusstes soziales Auftreten verfügt. Andererseits können zerrüttete Verhältnisse in den Elternhaushalten bei den Kindern zu zusätzlichen Stressfaktoren führen und deren Lebenschancen maßgeblich verschlechtern.

Im ländlichen Raum tritt die soziale Stratifikation häufig deutlicher hervor. Die Ursache liegt darin, dass in räumlich und sozial engen Kollektiven auf Status und Hierarchie noch wesentlich mehr Wert gelegt wird als in urbanen anonymen Massengesellschaften. Trotzdem oder gerade deswegen gibt es in ländlichen Regionen viele Menschen, welche am Rande der Gesellschaft in großer Einsamkeit leben müssen.

Vor allem durch das Pendeln und eine höherwertigere schulische bzw. berufliche Ausbildung verlagert sich das Zentrum der Lebensinteressen immer weiter weg von den Dörfern und hin in die städtischen Zentren. Gefördert werden diese Prozesse durch eine erhöhte individuelle Mobilität. Diese Entwicklung wirkt aber gleichzeitig auch segregierend. Diejenigen, die mit dieser Entwicklung nicht mithalten können, bleiben zurück und laufen Gefahr, von den Errungenschaften des gesellschaftlichen Fortschritts ausgeschlossen zu werden.

Auf Freiwilligkeit basierende soziale Strukturen im Dorf, wie etwa die Nachbarschaftshilfe, Hilfe zur Selbsthilfe oder das soziale Engagement im Vereinswesen können eine sehr wichtige Funktion zur Verhinderung von sozialer Ausgrenzung haben. Freiwilligkeit und Selbstaufopferung sind jedoch nicht ausreichend, ansonsten geht dies langfristig zu Lasten der Helfenden selber. Deshalb müssten neben freiwilligen Kooperationsgemeinschaften auch professionelle Formen an sozialen Infrastruktur- und Hilfseinrichtungen implementiert und gestärkt werden.

3. Soziale Ausgrenzung im ländlichen Raum

Im wissenschaftlichen Diskurs findet der Begriff „soziale Ausgrenzung“ im häufiger Verwendung, um die konkrete Benachteiligung sozialer Randgruppen zu beschreiben. Ansätze, die auf eine Momentaufnahme beruhen wie z.B. monetäre Armutsschwellen, erweisen sich als wesentlich weniger geeignet, die Auswirkungen von Krankheit, gesellschaftliche Isolation und Ächtung und letztlich Machtlosigkeit zu beschreiben. Das Konzept der sozialen Ausgrenzung berücksichtigt auch Veränderungen im Zeitverlauf und kombiniert monetäre Größen mit sozialen Indikatoren wie Wohnsituation, Gesundheit oder die Partizipation am sozialen Leben einer Gesellschaft. Soziale Ausgrenzung beschreibt demnach einen dynamischen Prozess (Philip/Shucksmith 1999). In weiterer Folge soll deshalb das Hauptaugenmerk in diesem Papier auf die spezielle Situation, Ursachen und Folgen der sozialen Ausgrenzung in ländlichen Regionen gerichtet werden.

Um das Ausmaß der sozialen Benachteiligung bzw. Ausgrenzung in ländlichen Regionen richtig beurteilen zu können, soll dennoch zunächst auf einige Analysen zurückgegriffen werden, die von der statistischen Definition einer materiellen Armut ausgehen. So lebt nach einer Studie des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf zwar weltweit die Mehrheit der Armen in Städten, das Ausmaß und der Grad der Armut ist aber in den ländlichen Gebieten größer. Hauptursachen der städtischen Armut in den Entwicklungsländern sind Landflucht und damit verbunden das rasche Wachstum der Städte, Arbeitslosigkeit und unzureichende soziale und ökonomische Infrastrukturen. Weltweit lebt in den ländlichen Regionen immer noch der Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Ländliche Armut ist v.a. strukturell bedingt durch ungleiche Besitzverhältnisse und politische Abhängigkeiten. Seit Beginn der Neunziger Jahre zeigt sich darüber hinaus auch eine Stagnation der globalen Agrarproduktion und damit verbunden eine Abnahme der verfügbaren Nahrungsmittel pro Kopf. Der technische Fortschritt in der Landwirtschaft konnte die ländliche Armut nicht beseitigen, es zeigte sich gerade im Gegenteil eine Auseinanderentwicklung in zwei Hauptlandwirtschaftssektoren, in eine technisierte, auf Export ausgerichtete in Latifundien betriebene Agrarindustrie und in eine kleine, auf Subsistenzwirtschaft basierende Landwirtschaft (IAA 1999).

Diese Situation der Auseinanderentwicklung der Landwirtschaft lässt sich auch in den entwickelten Industrieländern beobachten mit dem einen wesentlichen Unterschied, dass die Landwirtschaft die zentrale sozioökonomische Stellung im ländlichen Raum bereits verloren hat. Eine Studie über die Situation der ländlichen Armut in Schottland kommt zum Ergebnis, dass 25 % der ländlichen Haushalte an oder unter der absoluten Armutsgrenze liegen. Davon sind 36 % Haushalte von älteren alleinstehenden Personen, in erster Linie alleinstehender Witwen. Weiters überproportional betroffen sind Arbeiterhaushalte der unteren Einkommensklassen sowie Arbeitslose (Shucksmith 1994).

Ländliche Armut wirkt oft kumulierend, wenn mehrere Faktoren zusammenkommen, wie niedriges Haushaltseinkommen, das Fehlen eines Privatautos und schlechter Wohnstandard. Shucksmith verweist in diesem Zusammenhang auf ein von Shaw (1979) entwickeltes Modell „ländlicher Verarmungszirkel“, welcher zwischen einer „Haushaltsverarmung“, „Mobilitätsverarmung“ und „Opportunitätsverarmung“ unterscheidet. Niedrige Einkommen führen nicht nur zu einer schlechten Wohnsituation sondern auch zum Unvermögen, sich ein Auto zu leisten, wodurch aufgrund unzureichender öffentlicher Transportmöglichkeiten ein entsprechender Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit und Erholung behindert wird. Aus dieser Studie geht weiters hervor, dass einerseits die Lebenshaltungskosten in den ländlichen Regionen höher sind, insbesondere für den öffentlichen Transport, andererseits aber die Einkommensperspektiven für die breite **Masse der Bevölkerung schlechter**.

Nach dem letzten EU-Haushaltspanel (ECHP) 1995 liegt jeder dritte armutsgefährdete Haushalt Österreichs in einer ländlichen Region. In mehr als der Hälfte dieser Haushalte leben Kinder. Einkommen unter der Armutsschwelle haben 31% der Arbeitslosenhaushalte, 30% aller Haushalte von Kleinbauern und 20% von Alleinerzieherinnen. Bei den armutsgefährdeten unselbständig Erwerbstätigen sind es v.a. Haushalte von ungelernten Arbeitern und Hilfsarbeitern. Die relativ höchste Armutsgefährdung innerhalb der Gruppe der Pensionisten weisen ehemalige Landwirte und Hilfsarbeiter auf (Wiesinger 2000).

Soziale Ausgrenzung als Phänomen tritt sowohl in ländlichen als auch städtischen Regionen in Erscheinung. Wesentlich für den ländlichen Raum sind die spezifischen Ursachen und Wirkungsweisen Ausgrenzung verursachender Faktoren aufgrund der besonderen räumlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen. Es gibt Faktoren, die für den ländlichen Raum eine besonders große Bedeutung haben, wie z.B. das Angebot an lokalen Infrastruktureinrichtungen oder Mobilität. Lokale private Netzwerke können Menschen vor sozialer Ausgrenzung bewahren, andererseits kann aber auch eine fehlende Anonymität zu Stigmatisierung von Menschen, die nicht dem Normverhalten entsprechen, führen.

Die Größe einer Siedlung ist oft entscheidend für die Anonymität bzw. dem sozialen Austausch innerhalb eines Gemeinwesens. Bis zu einer bestimmten Größe einer Siedlung gestalten sich die zwischenmenschlichen Beziehungen überschaubar. Von dieser Überschaubarkeit hängen auch Solidarstrukturen ab. Fehlende Anonymität verstärkt den sozialen Anpassungsdruck in Richtung Konformismus, Einstellungen, Meinungen und nicht selten auch Abwehrhaltungen gegenüber dem Fremden und Andersartigen. Aber nicht alleine die Siedlungsgröße ist entscheidend, sondern auch die Dynamik der Veränderungen, welche eine Siedlung unterworfen ist. Ziehen sehr viele Menschen zu oder weg, verändert sich auch die Bevölkerungsstruktur und das soziale Leben.

Soziale Ausgrenzung verursachende Faktoren wirken auf mehreren Ebenen. Bestimmte Personengruppen können in bestimmten Lebenssituationen betroffen sein. Ursachen und Folgen sind oft eng miteinander verschränkt. Soziale Isolation kann zu abweichendem Verhalten, abweichendes Verhalten zu sozialer Isolation führen. Daneben besteht eine bestimmte räumliche Abhängigkeit und eine Abhängigkeit von politischen Maßnahmen. Alle Faktoren stehen zueinander in einer dynamischen Wechselwirkung, d.h. sie können sich gegenseitig in positiver oder negativer Weise beeinflussen. Die nachfolgend dargestellten Faktoren haben alle eine große Bedeutung für die Menschen im ländlichen Raum. Sie sind jedoch nur eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Darstellung: Soziale Ausgrenzung verursachender Faktoren, Personengruppen und Rahmenbedingungen in ländlichen Regionen

| Betroffenengruppen | Ursachen | Rahmenbedingungen |
|-------------------------------|----------------------------|--------------------------|
| Frauen | Arbeitslosigkeit | Lebensraum |
| AlleinerzieherInnen | Wohnprobleme | Politik |
| Kinder | fehlende Mobilität | Sozialtransfers |
| Jugendliche | mangelhafte Gesundheit | Förderungen |
| Ältere Menschen | geringes Ausbildungsniveau | Soziokultur |
| Kranke, gebrechliche Menschen | geringes Einkommen | private Netzwerke |
| Behinderte | abweichendes Verhalten | krisenanfällige Ökonomie |
| Soziale Randgruppen | Überschuldung | Infrastruktur |
| Erwerbslose | | |
| Einkommensschwache | Folgen | |
| Familien | Stigmatisierung | |
| Kleingewerbe | soziale Isolation | |
| Klein-, Berglandwirtschaft | offene Armut | |
| | versteckte Armut | |

Einkommensschwache, Erwerbslose, alte, gebrechliche, behinderte Menschen, Menschen mit Betreuungsaufgaben usw. können oft nicht entsprechend am sozialen Leben einer Region teilnehmen. Ein unzulängliches Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln schränkt am Land all jene in ihrer Mobilität ein, die keinen eigenen PKW haben. Eine zentrale Bedeutung hat die Ausstattung an adäquaten, d.h. an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ausgerichteten Infrastruktureinrichtungen für

die Nahversorgung. Dazu zählen u.a. Geschäfte, Bankstellen, Post, Schulen, Kommunikationszentren, lokales Gewerbe, soziale Betreuungsstellen usw. Gerade Frauen, in besonderem Maße alleinerziehende Mütter, sind von fehlenden oder unzureichenden Kinderbetreuungseinrichtungen betroffen, wenn sie dadurch an der Ausübung einer beruflichen Erwerbstätigkeit behindert werden. Wohnen kann sich am Land für bestimmte Gruppen, v.a. für Jugendliche und Jungfamilien als Problem erweisen, leistbarer Wohnraum fehlt. Monostrukturierte Industriebetriebe und Niedriglohnbranchen zeichnen für eine krisenanfällige ländliche Ökonomie verantwortlich. Schließt ein Betrieb, dann ist in einer Folgewirkung oft die ganze Region betroffen. Eine hohe regionale Arbeitslosigkeit und geringe Erwerbschancen sind in vielen Fällen spezifisch für periphere, strukturschwache Regionen. Gerade für die Jugend ist häufig eine geringe Attraktivität des Lebensraumes aufgrund fehlender Ausbildungs-, Freizeit- und Kommunikationszentren gegeben. Die vorhandenen örtlichen Vereine entsprechen oft nicht mehr den geänderten Bedürfnissen von Jugendlichen. Soziale Probleme werden am Land sehr oft aufgrund der fehlenden Anonymität und aus Angst vor Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung geheim gehalten, verdrängt oder todgeschwiegen. **Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist auch, wie eine Gemeinde in einer ländlichen Region mit dem Phänomen der sozialen Ausgrenzung überhaupt umgeht und ob bzw. in welcher Weise private Netzwerke gegen soziale Ausgrenzung verfügbar sind.**

Im folgenden sollen einige der wesentlichsten Faktoren, die zu sozialer Ausgrenzung in ländlichen Regionen führen können, näher beschrieben werden. Die Auswahl erfolgte dabei nach der für das Forschungsprojekt RegAB „Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen im Kontext des niederösterreichischen Beschäftigungspaktes“ besonders relevanten Bereiche. **Die praktischen Beispiele und ein wesentliche Teile der Analysen sind einer Studie der Bundesanstalt für Bergbauern zur Armut und sozialen Ausgrenzung in ländlichen Regionen (Wiesinger 2000) entnommen.**

3.1. Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur

Viele Menschen können trotz Erwerbsbeschäftigung ihren Lebensstandard nicht mehr aufrecht erhalten. Normalarbeitsverhältnisse, d.h. das Konzept eines lebenslangen Vollzeit Arbeitsplatzes, werden immer mehr zurückgedrängt. Damit verbunden ist auch eine Erosion der sozialen Sicherungssysteme. Der Anteil der unsicheren, schlecht bezahlten, arbeits- und sozialrechtlich mangelhaft geschützten Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und damit auch der Anteil der „working poor“ nimmt rasch zu. Vor allem die Gruppe neuer selbständig Erwerbstätige, d.h. „Freie Dienstnehmer“ und „Neue Selbständige“, hat ein höheres Armutsrisiko bei längerer Erwerbsunfähigkeit im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Etwa 10% aller unselbständig Erwerbstätigen erzielen ein arbeitszeitstandardisiertes, d.h. auf 40 Wochenstunden umgerechnetes, monatliches Nettoeinkommen von höchstens 10.000 Schilling vierzehn mal jährlich. Frauen sind dabei überproportional betroffen. Jede dritte Arbeiterin und jede vierte hilfstätige Angestellte verdient weniger. Männer mit einem monatlichen Nettoeinkommen von höchstens 10.000 Schilling sind zu 25% Hilfsarbeiter im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (BMAGS 1999). Gerade im peripheren ländlichen Raum finden sich

viele Betriebe von Niedriglohnbranchen, wie z.B. der Leder-, Textil- oder Nahrungsmittelindustrie.

Ich mache in einer Textilfirma Fließbandarbeit und werde in der Stunde mit 63 Schilling Brutto bezahlt bei einer 40 Stunden Woche. Also, da kann sich jeder ausrechnen, was man ungefähr im Monat verdient. Meiner Meinung nach ist das total unterbezahlt. Wie gesagt, recht viele Unternehmer haben wir nicht. (...) Recht viel anderes gibt es momentan nirgends, außer vielleicht Gasthäuser und Gastronomie, aber das ist auch uninteressant. Also, ich könnte Klo putzen, aber das ist sicher keine Ganztagsbeschäftigung und das ist mir dann auch ein bisschen zu wenig, aber sicher besser bezahlt. Also wenn ich einen Ganztagsjob kriege, wo ich Klo putze, dann mache ich natürlich das. Weil mir ist ganz egal was ich mache, ich möchte nur mehr verdienen.

Helga K., Fabrikarbeiterin, Amstetten

Eine ungünstige Wirtschaftsstruktur und ein unzureichendes Arbeitsplatzangebot in den ländlichen Regionen beeinträchtigt die Wirtschaftsleistung. Gerade die jüngere, aktive Bevölkerung wandert ab, wodurch sich die demographische Situation in der Bevölkerung verschlechtert. Zurück bleiben die weniger Flexiblen und älteren Menschen. Nicht-Tagespendler, das sind jene, die nicht täglich nach Hause zurückkehren, gehen für die Wirtschaftsleistung einer Region weitgehend verloren. Sie erwirtschaften ihr Einkommen nicht nur außerhalb der Region, sie wenden ihre täglichen Konsumausgaben auch außerhalb der Region auf. Die Einkommen fließen nur teilweise aufs Land zurück und wenn, dann wiederum in einige wenige Branchen (z.B. Bausektor durch die Tätigkeit der Eigenheimbauer). Unter der Woche findet der Konsum in der Stadt statt. Geschäfte und kleine Gewerbebetriebe auf dem Land können dadurch wirtschaftlich kaum profitieren.

Viele ländliche Regionen hängen von einigen wenigen großen Unternehmen und Wirtschaftsbetrieben ab. Gehen diese Betriebe zugrunde, so ist dadurch die ganze Region betroffen. Es kommt zu einem plötzlichen und massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit, viele kleinere Zulieferbetriebe kommen in Schwierigkeiten und durch die allgemein gesunkene Wirtschaftskraft werden Krisenphänomene in allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens evident. Wegen der Angst vor der Arbeitslosigkeit nimmt der Druck auf die Arbeitnehmer zu, bzw. die Arbeitnehmer sind bereit unter immer ungünstigeren Bedingungen zu arbeiten.

Niedriglohnbranchen siedeln sich bevorzugt in strukturschwachen ländlichen Regionen an, da für sie dort die Kostenstruktur günstiger ist. Niedrige Löhne sind hier vielfach erst dadurch möglich, da viele Beschäftigte vergleichsweise geringere Konsumausgaben haben und sie sich teilweise auch selber alimentieren können (d.h. von einer kleinen Landwirtschaft, Hausgarten etc. leben). Außerdem haben sie

häufig wesentlich niedrigere bis keine Aufwendungen für Wohnungsmieten. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation in den strukturschwachen Regionen ist die Bereitschaft der Beschäftigten, zu relativ ungünstigen Konditionen zu arbeiten, hoch. Frauen sind in den Niedriglohnbranchen überproportional häufig vertreten. Für sie stellt selbst ein geringes Einkommen eine Perspektive für eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit dar. Dies erklärt auch die Bereitschaft, große Bürden in Kauf zu nehmen. Das meist geringe Stellenangebot in ländlichen Regionen erhöht auch die Konkurrenzsituation und damit den Arbeitsdruck. Fehlen die Arbeitsplätze, dann gibt es meist keine Option zu Pendeln oder Abwanderung.

Langandauernde Erwerbslosigkeit ist ein zentraler Faktor für Armut und soziale Ausgrenzung. Die Hauptursachen liegen in der geringen Ausbildung und Qualifikation, aber auch Krankheit und insbesondere Alter. Ältere Arbeitslose haben viel geringere Chancen, wieder in den Erwerbsarbeitsprozess einzusteigen. Je älter die Person und desto geringer die Ausbildung, desto länger ist die Dauer einer Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit stellt einen entscheidenden Einschnitt im Leben und in der Lebensplanung dar. Vielfach können Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden und die Betroffenen geraten in die Verschuldungs- bzw. Verarmungsspirale. Arbeitslose müssen außerdem mit dem psychischen und sozialen Druck fertig werden. Dazu zählen auch die Frage nach der persönlichen Schuld und die Anstrengungen zur Mobilisierung von Kräften, um aus dieser prekären Situation wieder heraus zu gelangen.

Nebenerwerbslandwirte verlieren oft ihren Job mit dem Argument, dass sie ja zuhause ohnehin noch eine Existenzgrundlage hätten. Die allgemeine Situation in der Landwirtschaft erfordert jedoch ein außerlandwirtschaftliches Einkommen. Viele, v.a. ältere Bauern, haben keine entsprechende Qualifikation und Ausbildung, die es ihnen ermöglichen würde, einen Arbeitsplatz, der über eine reine ungelernete Hilfstätigkeit hinausgeht, zu finden. Dies behindert naturgemäß die außerlandwirtschaftlichen Erwerbsperspektiven.

Arbeitslosigkeit wird gerade am Land immer noch oft stigmatisiert. Der Vorwurf, nicht grundlos arbeitslos geworden zu sein, vernebelt die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge und setzt die Betroffenen unter Druck. Die Schuld wird all zu oft individualisiert, die Gründe in persönlichem Fehlverhalten, in Faulheit oder Alkoholismus gesucht. Diese Strategie funktioniert gut solange Arbeitslosigkeit nur eine überschaubare Anzahl von Menschen trifft. Wird sie zu einem Massenphänomen oder ist man selber davon betroffen, dann werden nicht selten Sündenböcke gesucht.

3.2. Mobilität

Mobilität hat für die BewohnerInnen ländlicher Regionen eine Schlüsselfunktion. Die Bedeutung des Dorfes für seine BewohnerInnen hat sich im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung gewandelt. Aus einer Studie der Universität Hohenheim geht hervor, dass das Dorf lediglich noch einen Teillebensraum für seine BewohnerInnen darstellt. Die sozialen Beziehungen erstrecken sich weit über den eigenen Ort hinaus, die lokalen Kontakte spielen – individuell unterschiedlich und abhängig von der jeweiligen Lebensphase – nur noch eine begrenzte Rolle innerhalb des persönlichen und sozialen Netzwerkes. Die DorfbewohnerInnen sehen eine weitreichende räumliche Mobilität als Merkmal des Lebens im Dorf. Das eigene Auto gewinnt eine zentrale Bedeutung für die Attraktivität ländlicher Lebensverhältnisse (Hainz 1999). Kein Auto haben heißt im ländlichen Raum meist fern sein von sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur, von Gesundheitsdiensten, Behörden, Arbeitsplatz, von Bildungs- und Einkaufsmöglichkeiten. Betroffen sind vor allem jene, die zu jung, zu alt, bzw. behindert sind, keinen Führerschein haben oder sich kein Auto leisten können.

Eine höhere Mobilität wird aber auch durch die Teilnahme an den Errungenschaften der Konsumgesellschaft erzwungen. Der höhere Konsumstandard kann nur durch Erwerbsarbeit mehrerer Familienmitglieder aufrechterhalten werden. Dies bedingt aber auch den Besitz mehrerer Fahrzeuge. Ein nicht unwesentlicher Teil des Gehalts geht dann aber wieder für die Kosten der Mobilität drauf. Eine Kritik an dieser Situation darf aber nicht dazu führen, dass Frauen an ihre traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter gebunden werden sollen. Eine Teilnahme am Erwerbsleben ist die Voraussetzung für eigenes Einkommen und damit Dispositionsfreiheit über die eigenen Mittel und letztlich auch Sozialprestige und gesellschaftliche Anerkennung. Das Problem liegt vielmehr strukturell begründet in der örtlichen Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, ineffizienten oder nicht auf die Bedürfnisse der Benutzer abgestimmten öffentlichen Verkehrsmitteln oder inadäquaten Arbeitszeitregelungen.

Ich brauche das Auto für meine Arbeit. Eigentlich bräuchten wir in unserer Familie vier Autos, denn auch mein Mann und meine beiden Söhne brauchen eines. (...) Viele arbeiten nur für ihre Autos.

Anneliese St., Altenhelferin

Das ist ein Teufelskreis. Ohne Auto findest du hier keine Arbeit. Das Auto frisst dein Gehalt auf. Das führt zu psychischen Erkrankungen und Depressionen. Es gibt da keinen Weg zurück.

Frau Mag. R., Psychotherapeutin

Das öffentliche Verkehrswesen und mithin die Mobilität sind wichtige Faktoren für Armut und soziale Ausgrenzung im ländlichen Raum. Mangelnde Mobilität verstärkt die Barrieren für den Zugang zu gesellschaftlichen und sozialen Institutionen, wie aus einer Studie über Reduktionen im öffentlichen Transportwesen Nordirlands hervorgeht (Nutley/Colin 1995). Als dort in den Achtziger Jahren das öffentliche

Buswesen praktisch völlig eingestellt wurde, verloren die ärmsten Bevölkerungsschichten ihre Mobilität. Der Besitz eines Autos ist für die Landbevölkerung heutzutage überall unumgänglich. Gerade viele ältere und gebrechliche Frauen besitzen keinen Führerschein und sind daher auf die Unterstützung anderer angewiesen. Auf sich alleine gestellt, ergeben sich nicht nur Probleme beim täglichen Einkauf, die Betroffenen verlieren oft auch die Möglichkeit einer Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

Viele ältere, gebrechliche, kranke und behinderte Menschen ohne Fahrzeug oder Führerschein sind auf Nachbarschaftshilfe angewiesen. Diese Abhängigkeit ist nicht nur oft unangenehm, sondern beschränkt auch die Selbständigkeit und die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte. Älteren und gebrechlichen Menschen ist es oft nicht mehr oder nur mehr schwer möglich, ihre Einkäufe selber zu erledigen, soziale Kontakte aufrecht zu erhalten, Freunde zu besuchen oder in die Kirche zu gelangen.

In fast allen größeren Städten gibt es ein enges Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln. Selbst wenn man diese aufgrund von Alter und Gebrechlichkeit nicht mehr selber benutzen kann, ist das Angebot an mobilen Hilfsdiensten in der Regel wesentlich besser entwickelt als in den ländlichen Regionen. Natürlich gibt es da auch Ausnahmen von der Regel. Was hilft etwa einer gehbehinderten Pensionistin in Wien die U-Bahn, wenn sie im vierten Stock eines Altbaus ohne Lift wohnt.

Die Sicherstellung und Verbesserung der öffentlichen Mobilität ist daher eine notwendige Forderung gegen soziale Ausgrenzung in ländlichen Regionen. Gegenwärtig sind viele Lokal-, Pendlerzüge und Busse schlecht ausgelastet und daher zu teuer. Außerdem verkehren sie nur auf festen Routen mit fixen Haltestellen. Eine kostengünstige Alternative dazu könnten Sammel-Anruftaxis oder kleinere Busse darstellen, die auf Abruf oder zu bestimmten Zeiten verkehren.

3.3. Bildungsangebot

Ein unzureichendes Bildungs- und Ausbildungsniveau ist ein wesentlicher struktureller Faktor für soziale Benachteiligung. In mehr als 90% der armutsgefährdeten Haushalte weisen die Haushaltsvorstände als höchste abgeschlossene Schulbildung lediglich die Pflichtschule auf. Die Armutsgefährdung der PflichtschulabsolventInnen ist doppelt so hoch wie jene anderer Bildungsstufen (Lutz et al. 1993). Ausreichende Qualifikation schützt zwar nicht vor Armut oder Armutsgefährdung, ist aber eine wesentliche Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration. Dazu zählen die primäre und sekundäre Schulbildung, Studium, berufliche Ausbildung aber auch berufs begleitende Fort- und Weiterbildung, spezielle Förderungsmaßnahmen für Menschen mit Teilbereichsschwächen sowie Erwachsenenbildungsmaßnahmen auf allen Ebenen. Über das Schul- und Ausbildungssystem wird eine niedrige soziale Stellung häufig an die nächste Generation weitergegeben. Für Kinder aus den unteren sozialen Schichten werden die späteren Arbeits- und Einkommenschancen oft schon in einem frühen Stadium eingeschränkt.

Gerade Kinder in peripheren ländlichen Regionen haben weit ungünstigere Voraussetzungen, eine höhere Bildung zu erlangen. Die Schulen sind oft sehr weit entfernt und ihr Besuch ist meist nur unter großen Mühen und Strapazen, d.h. lange Schulwege, Internat bzw. Pensionatsaufenthalt, Trennung von Eltern und Freunden etc. zu bewältigen. Oft fehlt auch die nötige Unterstützung von zu Hause. Aber auch die landwirtschaftliche Hofnachfolge spielt unter Umständen eine Rolle. Kinder werden häufig dazu angehalten zuhause zu bleiben oder es wird ihnen nur eine spezielle Ausbildung in eine bestimmte Richtung zuerkannt. In letzter Zeit lassen sich angesichts des Bedeutungsverlustes des agrarischen Sektors und der geringen Zukunftsperspektiven im landwirtschaftlichen Vollerwerb gewisse Umdenkprozesse feststellen. Auch das landwirtschaftliche Bildungswesen wird immer mehr diversifiziert und ermöglicht auch eine Ausbildung über den agrarischen Bereich hinaus. Häufig entmutigend ist die Situation aber immer noch bei den alten „Erbhöfen“. Die Eltern können oder wollen oft nicht verstehen, dass ihre Kinder die Tradition nicht mehr fortsetzen wollen oder dass, was sie selber unter großen Anstrengungen aufgebaut haben, ihrer Meinung nach von ihren Kindern nicht gebührend geschätzt wird.

Eine Entscheidung für eine höhere Ausbildung bedeutet für viele Jugendliche aber auch, dass sie die ländliche Region später verlassen werden, unabhängig davon, ob sie nun selber in dieser Region leben wollen oder nicht. Für diese Entwicklung gibt es zahlreiche Gründe, wie ein fehlendes qualifiziertes Arbeitsplatzangebot, soziokulturelle Faktoren etc. Shucksmith (1996) verdeutlicht dies am Beispiel eines Jugendlichen, welcher meint „der einzige Weg in der Region bleiben zu können, wäre zu versagen, aber das wäre ein zu hoher Preis dafür.“ Dennoch lässt sich nach Jones (1995) ein gewisser Unterschied zwischen Jugendlichen feststellen, die aus der Region stammen und jenen die mit ihren Eltern später zugezogen sind. Letztere sind eher geneigt, die Region wieder zu verlassen. Andererseits zeigt sich, dass Jugendliche, welche wegen Ausbildung und Beruf aus ihrer Region weggezogen sind, häufig später wieder zurückkommen (Shucksmith 2000).

Es gibt weitere, auch für den ländlichen Raum relevante Einflussfaktoren in Zusammenhang mit dem Bildungsniveau. Eine höhere Qualifikation führt meist auch zu einer späteren Familiengründung, Bildung erweitert den Horizont, eine neue soziale und geographische Umgebung beeinflusst die soziokulturelle Wahrnehmungen aber auch die psychologische Situation der Individuen. Pavis et al. (2000) merken an, dass sich viele Jugendliche, die am Land leben, aufgrund ihrer höheren Ausbildung oft schon lange vorher verabschiedet hatten, bevor sie tatsächlich weggezogen sind.

3.4. Wohnen

Wohnen stellt ein primäres und existentielles Grundbedürfnis des Menschen dar, welches weder substituierbar noch auf Dauer ohne ärgste Konsequenzen ausgesetzt werden kann. Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung von Sozialbeziehungen, der Gesundheit und auch für Erwerbsmöglichkeiten. Geregelter

Wohnraum ist für eine normale Lebensführung und in der Regel auch für einen ordentlichen Erwerbsarbeitsplatz unabdingbar. Durch Wohnungsverlust können aber auch Nachbarschaftsbeziehungen und damit auch für das Individuum wichtige Informations- und Solidaritätssysteme verlustig gehen. Der Verlust von Wohnung kann zu einem Abstiegsprozess und zu einer langfristigen Ausgrenzung führen. In Österreich wird von 10.000 bis 22.500 Obdachlosen und 210.000 von Obdachlosigkeit akut Bedrohten ausgegangen (Wiesinger 2000).

Der Großteil von Wohnungsnot Betroffenen oder Bedrohten findet sich zwar in den städtischen Ballungsräumen, die Ursachen gehen jedoch häufig auf Probleme in den ländlichen Regionen zurück. Sehr viele Unterstands- und Obdachlose in den Städten stammen ursprünglich aus ländlichen Regionen. Angehörigen sozialer Randgruppen, insbesondere Haftentlassenen und sozial Auffälligen, fällt es oft schwer, sich in den ländlichen Regionen zu integrieren. Städte bieten sowohl Anonymität und damit Schutz vor unmittelbarer sozialer Ächtung von Seiten der DorfbewohnerInnen. Viele hegen mit der Stadt auch die Hoffnung nach besseren Chancen bzw. nach einem Neuanfang. Daneben gibt es in den Städten meist auch bessere Hilfsangebote, die ohne größeres Aufsehen in Anspruch genommen werden können. Viele Obdachlose zieht es in die Stadt, da die Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung am Land größer ist.

In ländlichen Regionen gibt es immer noch zu wenig leistbaren Wohnraum für Alleinstehende. Wohnungsprobleme haben vor allem Jugendliche, die nicht mehr bei ihren Eltern leben wollen oder können, AlleinerzieherInnen, Jungfamilien und soziale Randgruppen wie Haftentlassene. Als ein zentrales Problem beim Wohnen erweisen sich die hohen Wohnungseinstiegskosten, dazu zählen neben den Kosten für den Hausbau, Renovierung, Ablöse, Kautions, Maklergebühren auch diverse Anschlussgebühren für Kanalisation, Wasser, Strom, Fernwärme, Grundbucheintragung etc. Besonders häufig ergeben sich akute Wohnungsprobleme, wenn aufgrund angehäufter Schulden eine Delogierung droht. Aus dem Alltag der Schuldnerberatung ist festzustellen, dass die meisten Leute im Rahmen der Hausstandsgründung, der Einrichtung einer Wohnung, aber auch im Zusammenhang mit dem Bau eines Eigenheims in finanzielle Schwierigkeiten kommen.

Das System der ländlichen Hausbaukultur erweist sich als äußerst fragil. Die Löhne sind meist schon auf Jahre für die Rückzahlungen der Kredite verplant. Unvorhersehbare Ereignisse, wie Arbeitslosigkeit des Hauptverdieners, lassen dann das Kartenhaus leicht zusammenbrechen. Gerade in den ländlichen Regionen ist das Angebot an genossenschaftlichem bzw. kommunalem Wohnraum meistens sehr knapp oder überhaupt nicht gegeben. Dies erschwert gerade Jugendlichen und Jungfamilien die eigene Existenzgründung. Viele haben nicht das Glück von den Eltern ein Wohnhaus zu erben oder einen Baugrund zu bekommen. Auch sehen viele für sich kein geeignetes Konzept mit ihren Eltern bzw. Schwiegereltern auf Dauer in einem gemeinsamen Haushalt zu wohnen.

Wohnen ist natürlich gerade am Land auch eine Prestigesache. Viele können sich nicht vorstellen in einer „Wohnung“ zu wohnen. Das eigene Haus und der Garten sind eine Selbstverständlichkeit und bestimmen auch den sozialen Rang und die Stellung in der Dorfgemeinschaft. Dies führt zu einer Fetischierung des Eigenheims und zu einer ausufernden Hausbautätigkeit, die oft nur unter massiven Einschränkungen und Entbehrungen aller Betroffenen, größtmöglicher Eigeninitiative, Nachbarschaftshilfe und Pfusch zu bewerkstelligen ist. Oft leiden gerade die Kinder unter dieser baubedingten Armut ihrer Eltern. Sie haben dann vielleicht später einmal ein eigenes Zimmer, müssen aber sonst auf alles verzichten. Ein weiterer Grund dürfte damit verbunden sein, dass gerade in den ländlichen Regionen beim Bau eines Eigenheims oft immer noch über die Generationen gedacht wird. Dies dürfte Ausdruck eines tradierten Bewusstseins von der Bedeutung des Besitzes an Grund und Boden, bäuerlichen Höfedenkens bzw. Erbfolge sein. Gebaut wird nicht nur für die eigenen Bedürfnisse, sondern es werden gleich auch die Bedürfnisse der Kinder antizipiert. In der Realität erfüllen sich diese Erwartungen aber oft nicht. Die Kinder ziehen aus, sobald sie erwachsen geworden sind und lassen ihre Eltern in überdimensionierten Eigenheimen zurück.

Der Trend zum Eigenheim wird von der öffentlichen Hand zusätzlich noch durch die Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln gefördert. Der Anteil der Geschosswohnungen nimmt landesweit ab. Der Eigenheimbau führt nicht nur zu einer großen finanziellen Belastung und zu einem erhöhten Risiko für die Häuselbauer, sondern auch zu einem enormen Flächenverbrauch. Zwischen 1971 und 1986 nahm der Flächenverbrauch und Baulandbedarf in den einzelnen Bezirken um bis zu 30% zu (ÖROK 1992). Sinnvoll wäre in diesem Bereich daher eine bessere Förderung der Althausanierung und für mehrgeschossige Wohnbauten. Außerdem müssten die Instrumente der Wohnbaupolitik und der Raumordnung generell besser überdacht werden.

3.5. Spezifische Betroffenenengruppen

In einer zunehmend auf wirtschaftliche Effizienz ausgerichteten postfordistischen Industriegesellschaft wird primär den Bedürfnissen der Starken, Gesunden, Jungen, Erfolgreichen und Dynamischen entsprochen. Sie sind der zentrale Angelpunkt in der Öffentlichkeit, in der Werbung und nicht selten bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen. Allerdings entspricht nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung diesen suggerierten bzw. vorgegebenen Standards. Im Zeitalter der Angleichung der Lebensverhältnisse, des Massenkonsums und der „global village“ lässt sich diese Entwicklung auch in peripheren ländlichen Regionen feststellen. Krankheit, Behinderung, Alter, Unfall, Überschuldung, Arbeitsplatzverlust oder selbst die Geburt eines Kindes bei fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten können dazu führen, dass sich jemand unüberwindbaren Hindernissen ausgesetzt sieht, nicht mehr den Normvorgaben der Gesellschaft entsprechen kann und folglich Gefahr läuft, gesellschaftlich isoliert bzw. sozial an den Rand gedrängt zu werden.

Ländliche Regionen erweisen sich in Hinblick auf soziale Integration/Ausgrenzung - wie bereits mehrfach gezeigt - als besonders fragil. Das Angebot an Infrastruktureinrichtungen, Arbeitsplätzen, Ausbildungs- und Kommunikationsmöglichkeiten etc. ist weniger vielfältig, die Toleranz gegenüber „Anderssein“ in der Bevölkerung meist geringer ist als in einem urbanen Kontext. Traditionelle soziale Strukturen und Netzwerke können aus dem Hintergrund der dynamischen strukturellen Veränderungen nur partiell gegen soziale Ausgrenzung wirken.

Als von sozialer Ausgrenzung bedrohte Gruppen lassen sich Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen, alte, kranke und gebrechliche Menschen, sozial Schwache, Erwerbslose, Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien, schlecht ausgebildete Jugendliche, Haftentlassene, Ausländer, Angehörige ethischer Minderheiten, Suchtkranke, Nicht-Angepasste und sonstige soziale Randgruppen verorten. In der spezifischen Wesenhaftigkeit physisch – materieller – sozialer Gebilde ländlicher Räume sind sie besonderen Einflusskräften ausgesetzt, die integrierend oder ausgrenzend wirken können.

Der Grundsatz der Gleichheit aller Menschen gilt in gleicher Weise für gesunde wie für **chronisch kranke, psychisch beeinträchtigte und behinderte Menschen**. Menschen, die aufgrund eines Leidens oder einer Behinderung eingeschränkt sind, sollten Teil der Öffentlichkeit sein und ein Recht auf uneingeschränkte Teilnahme an derselben haben. Krankheit und Pflegebedürftigkeit bedingen einen eingeschränkten Zugang zu Lebensqualität und stellen nicht selten ein besonderes Ausgrenzungs- und Verarmungsrisiko dar.

Soziale und ökonomische Integration funktioniert am besten über die Erwerbsarbeit. Behinderte Menschen gelten aber als sogenannte schwervermittelbare Arbeitslose. Die Ausgleichstaxe nach dem Behinderteneinstellungsgesetz ist so niedrig, dass sich Unternehmen häufig von der Behindertenbeschäftigungspflicht freikaufen. Zwischen 1990 und 1998 ist die Zahl der behinderten Arbeitslosen von 19.500 auf 40.500 gestiegen (Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte 1999). Die Erwerbsquote von Personen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist deutlich geringer als bei gesunden Menschen. Behinderte Menschen können aufgrund ihrer Beeinträchtigung oft keinen vollen Arbeitstag durcharbeiten. Leider fehlen meistens stundenweise und flexiblen Arbeitsangebote, welche ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entgegenkommen würden. Ausbildung und Qualifikation der meisten behinderten Menschen ist sehr niedrig. Grund dafür ist ein segregierendes Bildungssystem für geistig Behinderte, aber auch bauliche Hindernisse bei Rollstuhlfahrern, welche den Zugang zum Regelschulwesen und zu höheren Qualifikationen erschweren. Dies verschlechtert nicht nur die beruflichen Perspektiven, sondern drängt die Personen auch in eine Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeitspension.

Behinderte Menschen haben generell einen höheren Aufwand an Pflegeleistungen und stellen höhere Ansprüche an für sie notwendige Infrastrukturen. Trotz der Pflegegeldregelung erweisen sich die Mittel gerade in ländlichen peripheren Regionen als unzureichend, da das Hilfsangebot sehr gering und übermäßig teuer bzw. die Infrastrukturen kaum bis gar nicht vorhanden sind.

Die Probleme **älterer Menschen** am Land unterscheiden sich häufig grundsätzlich von jenen in der Stadt. Sie haben nicht nur eine andere Kostenstruktur bei ihren Ausgaben, sie sind auch stärker vom Infrastrukturangebot in ihrer engeren Umgebung abhängig. Ländliche Regionen weisen in der Regel gegenüber der Stadt hohe infrastrukturelle Mängel auf. Sie verfügen über eine geringere und wenig ausdifferenzierte Ausstattung mit Einrichtungen in Bezug auf Gesundheit, Soziales, Kultur, Bildung, Sport, Freizeit und Mobilität (Albert 2001).

Ältere Menschen weisen in der Regel besondere Ansprüche an Infrastruktureinrichtungen auf. Sie haben einen höheren Pflegebedarf, eine geringere Mobilität, weniger Sozialkontakte, aber mit der gesetzlichen Alterspension ein geringeres Einkommen als im Erwerbsleben. Ältere Menschen sind deshalb besonders häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Daneben zeigt sich, dass sich die Einkommensunterschiede im Alter vergrößern. Der Hauptgrund liegt darin, dass Menschen, die während ihres Erwerbsalters wenig verdient hatten, sich auch weniger leicht private Altersvorsorgesysteme leisten konnten. Eklatante Auswirkungen hat dies insbesondere auf Frauen, deren Versicherungskarrieren durch Kinderpausen öfters unterbrochen sind. Deshalb vergrößern sich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im Alter. Generell lässt sich feststellen, dass alles was in jüngeren Jahren erfolgt, im Alter noch deutlicher wird. Das gilt auch z.B. bei Vorlieben und Abneigungen, die sich dann verstärken. Ältere Menschen sind meist weniger flexibel und können sich auf geänderte Lebensumstände nur schwer einstellen.

Die Zahl älterer Menschen in unserer Gesellschaft steigt ständig. Wenn sich der gegenwärtige Trend der Überalterung in der Gesellschaft fortsetzt, wird der Anteil der mehr als 60-Jährigen in der österreichischen Bevölkerung von 20% im Jahr 1996 auf 27,5% im Jahr 2021 steigen (ÖROK 1998). In manchen peripheren ländlichen Regionen ist das Problem der Überalterung besonders akut. Damit wächst auch im ländlichen Raum der Bedarf an adäquaten Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen, wie mobile Hilfsdienste, Alten- und Heimhilfe, Altenwohn- und Seniorenpflegeheimen etc.

In modernen Industriegesellschaften wird das Zusammenleben von mehreren Generationen in einem Haushalt immer seltener, gleichzeitig äußern ältere Menschen immer mehr den Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben. Der gesellschaftliche Umbruch löst traditionelle Sozialzusammenhänge auf. Nach Ulrich Beck (1995) führt dieser Individualisierungsprozess zu einer Verlagerung der

Zuständigkeit von meso-sozialen Sozialformen, wie z.B. Familien, sozialen Verbänden, Klassen und Gemeinden, hin auf die Individuen. Chancen, Gefahren, Ambivalenzen der Biographie, die früher im Familienverband, in der dörflichen Gemeinschaft, in der eigenen sozialen Klasse oder Gruppe bewältigt werden konnten, müssen zunehmend von den einzelnen selber wahrgenommen, interpretiert und bearbeitet werden. Beck bezeichnet den Prozess des Herauslösens der Individuen aus vorgegebenen, mit festumrissenen Normalitätsvorstellungen verbundenen und Sicherheit gewährenden Sozialformen, wie z.B. klassenkulturelle (sozial-moralisches Milieu), familiäre (bürgerliche Familie) und kommunale (Nachbarschaft) Lebensformen sowie herkömmliche Geschlechtslagen (Stellung der Frau) als Freisetzung. In diesem Zusammenhang sind Mehrgenerationenhaushalte ambivalent einzuschätzen. Sie erleichtern zwar enge familiäre Beziehungen, soziale Ansprache und Pflege, nicht immer ist aber diese Nähe und Abhängigkeit erwünscht. Während einige ältere Menschen nicht ins Altersheim wollen, möchten andere nicht von Verwandten abhängig sein.

Familiäre Betreuungspersonen, welche älteren Menschen helfen könnten, gehen auf dem Land immer mehr verlustig, dennoch wird der Hilfs- und Pflegebedarf immer noch überwiegend als Familienangelegenheit bewältigt. Dies ist auf ökonomische Verhältnisse, auf vertragliche Pflichten, tradierte Normvorstellungen von familiärer Verantwortung und auf die dörfliche Sozialkontrolle zurückzuführen (Nothbaum-Leiding 1990). Traditionell übernahmen und übernehmen Frauen in den privaten Haushalten Alten-, Kranken und Behindertenbetreuungsaufgaben bei ihren Angehörigen und Nachbarn. Vielfach geschieht dies kostenlos und mit wenig Dank. Viele Frauen sind dabei nicht nur mit Haushalt, Pflege und Kinderbetreuung heillos überfordert, sie reduzieren auch ihre Ansprüche im beruflichen Leben.

Das Angebot an professionellen geriatrischen Hilfs- und Pflegediensten ist am Land meist unzureichend. Andererseits werden aufgrund der fehlenden Anonymität, der sozialen Enge der Dorfgemeinschaft und einem vielfach nach außen hin abgeschotteten Familienverband, in dem es immer noch üblich ist, Privatangelegenheiten nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, professionelle Angebote nur zögerlich angenommen. Dazu kommt weiters, dass das Nebeneinander traditioneller und moderner Lebenseinstellungen und Orientierungen, d.h. die Vorstellung der Alleinzuständigkeit der Familie einerseits und die tendenzielle Individualisierung andererseits Brüche im familiären Pflegearrangement deutlich werden lassen. Trotz allem bleiben gerade in den ländlichen Regionen die privaten Haushalte weiterhin wichtige primäre Instanzen für die Bewältigung krisenhafter Lebenslagen und Wohlfahrtsproduktion. Einrichtung der ambulanten Altenpflege, Pflegedienste etc. sind meist noch unterentwickelt, aber gerade im Sinne einer ganzheitlichen Betreuung notwendig. Trotz der sozialen Nähe und einer prinzipiellen Hilfsbereitschaft gegenüber Nachbarn werden die tatsächlichen Krisensituationen von der Dorfbevölkerung oft nicht richtig gesehen oder erkannt. Deswegen ist ein professionelles Hilfsangebot unbedingt erforderlich, v.a. in jenen Fällen, wo Personen nicht mehr in traditionellen Beziehungsnetzen integriert sind, sei es, dass sie alleine stehen oder von außerhalb zugezogen sind.

Ältere Menschen in einem Mehrgenerationenhaushalt haben unter Umständen keine bzw. wesentlich geringere Ernährungs-, Miet- und Heizungskosten als Pensionisten in einem Einzelhaushalt in der Stadt. Außerdem verfügen sie möglicherweise zusätzlich noch über Einnahmen aus Ausgedinge oder Pacht. Die tatsächlichen Einkommen und Leistungen sind in ländlichen Haushalten deshalb oft nur schwer monetarisierbar. Selbst wenn die Pensionen in der Höhe geringer sein sollten, bleibt den Pensionisten am Land am Ende unter Umständen mehr als jenen in der Stadt. Außerdem können sie oft auch noch auf Nachbarschaftshilfe zählen. Die Situation ist jedoch noch viel komplizierter, da sie auch von den jeweiligen individuellen und regionalen Faktoren abhängig ist, wie der Demographie, Siedlungsstruktur, Haushalts- und Familiensituation, Angehörige, Nachbarn, Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft etc.

Darüber hinaus lässt sich auch feststellen, dass der Gesundheitszustand älterer Menschen auf dem Land schlechter und ihr Hilfe- bzw. Pflegebedarf höher ist als in der Stadt. Tews (1987) analysierte in diesem Zusammenhang, dass ältere Menschen am Land Gesundheitsdienste im Durchschnitt weniger häufig und später in Anspruch nehmen als in der Stadt. Bereits in den Siebziger Jahren wiesen Krammer/Scheer (1978) auf den allgemein schlechteren Gesundheitszustand in der bäuerlichen Bevölkerung hin. Sie machten dabei auf den direkten Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit aufmerksam. Schwerwiegende Gesundheitsstörungen wie Arteriosklerose, Bluthochdruck, Herz-Kreislaufkrankungen traten in den unteren Betriebsgrößenklassen wesentlich häufiger auf. In der Zwischenzeit dürfte sich allerdings aufgrund zahlreicher Reformmaßnahmen in der bäuerlichen Sozialversicherung vieles gebessert haben. So ist beispielsweise seit 1992 die Gesundheitsförderung eine Pflichtleistung der bäuerlichen Krankenversicherung und seit 1998 erhalten Bauern und Bäuerinnen einen Krankenschein, wodurch bei ärztlichen Hilfen die Vorfinanzierung sowie der 20%ige Selbstbehalt entfällt. In einer von Schmeiser-Rieder/Kunze (1995) vom Institut für Sozialmedizin der Universität Wien gemeinsam mit der Sozialversicherungsanstalt der Bauern unter 10.000 Bauern und Bäuerinnen durchgeführten Untersuchung beurteilten 50% ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig oder schlecht. Nur 10% der Bauern und Bäuerinnen betreiben regelmäßig Sport und immer mehr leiden unter seelischen Belastungen.

Die Tatsache eines schlechteren Gesundheitszustand älterer Menschen auf dem Land steht trotz allem aber immer noch in diametralem Gegensatz zum bestehenden Leistungsangebot an Gesundheitseinrichtungen, deren Zahl und Qualität speziell in den peripheren ländlichen Regionen noch immer viel zu wünschen übrig lassen. Die Sozialpolitik im ländlichen Raum scheint auf die ihr erwachsende Aufgabe der Zukunftsgestaltung ambulanter Altenpflege weitgehend unvorbereitet. Entgegen der verbreiteten Unterstellung, Altwerden im Familienverband sei auf dem Land noch relativ unproblematisch, heißt es von solch romantisierenden Vorstellungen Abschied zu nehmen.

Speziell in ländlichen Regionen werden zuwenig bis keine Mittel für präventive Jugendarbeit ausgegeben. **Jugendliche** sind mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, wie Ausbildung, Lehrplatz, eine eigene Wohnung, eigenes Einkommen, gesellschaftliche Akzeptanz etc.

Jugendliche haben eine ganz besondere Bedeutung für die Zukunft des ländlichen Raums. Viele Jugendliche verlassen aber nach der Schule, d.h. an der Schwelle zum Erwachsenenleben ihre Dörfer. Die Hauptmotive dafür sind im wesentlichen Ausbildung, Beruf und eigene Wohnung. Laut Shucksmith (2000) liegen die Hauptbarrieren für den sozialen Ausschluss von Jugendlichen in ländlichen Regionen im Bereich des Arbeitsmarktes. Fehlende und vor allem attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten und Jugendarbeitslosigkeit sind dafür hauptverantwortlich. Dazu gibt es einen gespaltenen Arbeitsmarkt: einen oft schlechter bezahlten, in engen persönlichen Netzwerken eingebundenen lokalen Arbeitsmarkt sowie einen besser bezahlten, eine höhere Qualifikation voraussetzenden entfernten Arbeitsmarkt in den Städten. Der Zugang zum letzteren setzt allerdings eine höhere Ausbildung und Mobilität voraus (ebenda). Die Kosten für ein Auto, die Strapazen des täglichen Pendels und oft auch das attraktivere Wohnangebot in den Städten sind weitere Pull-Faktoren für die Landflucht von Jugendlichen.

Jugendliche sind mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, wie Ausbildung, Lehrplatz, eine eigene Wohnung, eigenes Einkommen, gesellschaftliche Akzeptanz etc. Vor allem in ländlichen Regionen haben es Jugendliche schwer, einen Lehrplatz zu finden. Das Angebot ist meist klein und die Auswahl nicht gegeben. Jugendliche sind oft bereit, eine schlechte Arbeitssituation auf sich zu nehmen oder Rechte und Ansprüche hintanzustellen, damit sie in ihrer Umgebung bleiben können. Die fehlende Anonymität am Land erweist sich bei der Suche eines Ausbildungsplatzes als ein zweiseitiges Schwert. Einerseits finden manche Jugendliche gerade deswegen einen Lehrplatz, weil sie und ihre Familie bekannt sind, andererseits erweist sich Bekanntheit als soziale Bürde, wenn der Jugendliche oder seine Familie in der gesellschaftlichen Hierarchie der Dorfgemeinschaft ganz unten ist. Die soziale Stellung ist entscheidend für den beruflichen Aufstieg. Jedenfalls ist das Angebot an Lehrplatzsuchenden so groß, dass sich die Lehrherren meistens den Lehrling aus vielen aussuchen kann.

Gerade für die Jugend ist häufig eine geringe Attraktivität des Lebensraumes aufgrund fehlender Ausbildungs-, Freizeit- und Kommunikationszentren gegeben. Die vorhandenen örtlichen Vereine entsprechen oft nicht mehr den geänderten Bedürfnissen von Jugendlichen. Soziale Probleme werden am Land sehr oft aufgrund der fehlenden Anonymität und aus Angst vor Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung geheim gehalten, verdrängt oder todgeschwiegen. Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist auch, wie eine Gemeinde in einer ländlichen Region mit dem Phänomen der sozialen Ausgrenzung überhaupt umgeht und ob bzw. in welcher Weise private Netzwerke gegen soziale Ausgrenzung verfügbar sind. Da die soziale und wirtschaftliche Integration von Jugendlichen in ländlichen Regionen im

Zusammenhang mit dem RegAB Projekt eine besondere Bedeutung beikommt, wird auf diesen Punkt weiter unter (Kapitel 4.3) noch näher eingegangen.

Weitere in den ländlichen Regionen von sozialer Ausgrenzung besonders bedrohte Gruppen stellen u.a. Ausländer, Menschen mit einer dysfunktionalen, unangepassten Lebensweise, Haft- und Anstaltsentlassene, Drogen- und Alkoholranke, ethische Minderheiten (v.a. Roma und Sinti) dar.

Während Staatsbürger des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) seit 1994 mit Inländern am Arbeitsmarkt gleichgestellt sind, sehen sich alle anderen **AusländerInnen** mit wachsenden gesetzlichen Hürden bei den demokratischen Grundrechten, Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, konfrontiert. Die Ungleichheit am Arbeitsmarkt erschwert auch die gesellschaftliche Integration. In ländlichen Regionen arbeiten Ausländer häufig konzentriert in einigen wenigen Niedriglohnbranchen, wie in der Bauwirtschaft, im Fremdenverkehr, Nahrungsmittel- und Textilindustrie, Handel, Reinigungsgewerbe oder bei persönlichen Dienstleistungen. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind 7.000 Ausländer im Rahmen eines Kontingents nach dem Fremden-gesetz als Erntehelfer legal beschäftigt. Gerade hier ist aber die Dunkelziffer wahrscheinlich viel höher, da vor allem in der Nähe zur Ostgrenze viele illegal als Saisonarbeiter arbeiten dürften.

Wer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird, wird für einen bestimmten Zeitraum von seinem sozialen Umfeld getrennt. Mit zunehmender Dauer der Haft wird es immer schwieriger, Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Die gesellschaftlichen Alltagsrituale sind andere als in der Haft. **Haftentlassene** haben eine weitere Strafe nach ihrer Strafe, da sie kaum beruflich und damit gesellschaftlich integriert werden. Viele sind nicht einmal mehr beim Arbeitsamt gemeldet. Das erhöht auch das Risiko einer Rückfälligkeit. Eine gespaltene Gesellschaft fördert Misstrauen, sie reagiert auf Fehlverhalten angstvoll, ausgrenzend und restriktiv. Gerade in der fehlenden Anonymität ländlicher Regionen wirkt die Diskriminierung Haftentlassener oft doppelt und dreifach. Sie finden meist nur noch schwer eine Arbeit, sie werden auch oft ein Leben lang sozial geächtet und stigmatisiert. Für viele ist der einzige Ausweg die Flucht in die Anonymität der Stadt.

3.6. Gender Mainstreaming: Soziale Benachteiligung von Frauen

Frauen sind im Durchschnitt wesentlich stärker von sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen als Männer. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Frauen finden weniger leicht Zugang zum Arbeitsmarkt, arbeiten überproportional häufig unter schlecht bezahlten, unsicheren oder prekären Arbeitsverhältnissen, übernehmen karrierehemmende unbezahlte Haushalts-, Familien-, Erziehungsarbeiten sowie Pflegedienste für alte, kranke und behinderte Familienangehörige und nicht zuletzt sind sie aufgrund fehlender Versicherungszeiten im Alter schlechter abgesichert. Ihnen wird oft auch die psychische Last aufgebürdet, wenn es darum geht, Konflikte und Probleme zu

lösen. Wegen der fehlenden Anonymität sind Frauen am Land meist viel stärker in den traditionellen Rollen gefangen als städtische Frauen (Oedl-Wieser 1997). Das Gefährdungsrisiko potenziert sich, wenn andere Faktoren dazu kommen, wie etwa die Zugehörigkeit zu einer sozialen Randgruppe.

Selbst im ländlichen Raum wird die Institution der Großfamilie, welche mehrere Generationen in einem Haushalt integriert, immer seltener. Die traditionellen Rollenbilder unterliegen tiefgreifenden dynamischen Veränderungsprozessen. Die außerhäusliche Berufstätigkeit der Frau ist trotz zunehmender Probleme am Arbeitsmarkt weiter im Steigen begriffen. Nicht nur dass die Zahl der Kinder in den letzten Jahrzehnten stark zurück ging, es entstand auch wegen der Desintegration der Großfamilie eine größere Notwendigkeit an professionellen Kinderbetreuungseinrichtungen gerade in den ländlichen Regionen.

Die Mehrzahl der AlleinerzieherInnen sind Frauen. Fehlende oder unzureichende Kinderbetreuungseinrichtungen auf allen Ebenen, d.h. von Krippenplätzen bis zum Schulhort, erschweren die Erwerbstätigkeit. Kinder und Beruf sind meistens nur schwer vereinbar. Alleinerziehende Frauen sind wesentlich stärker vom Kinderbetreuungsangebot abhängig als andere Frauen. Wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten können sie oft keinem Beruf mehr nachgehen. Je länger Frauen vom Arbeitsmarkt fern bleiben, umso schwieriger wird der Wiedereinstieg. Sie laufen daher Gefahr, endgültig aus dem Arbeitsleben auszuschneiden mit allen negativen Konsequenzen für die Alterssicherung. Die Armutsgefährdungsquote bei AlleinerzieherInnen ist doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Alleinerzieherinnen erfahren am Land oft eine mehrfache Diskriminierung, nicht nur, dass sie wegen einer unzureichenden Kinderbetreuung an der Erwerbsarbeit gehindert werden, sie werden oft auch noch sozial ausgegrenzt, weil sie der traditionellen Norm eines Familienideals nicht entsprechen. Diese wertkonservativen, traditionellen Muster sind in ländlichen Regionen immer noch weit verbreitet.

Gleichzeitig nimmt mit steigender Kinderzahl die Frauenerwerbsquote ab. Sie liegt bei Frauen mit drei Kindern um 20 Prozent niedriger als bei Frauen mit einem Kind (BMAGS 1999). Das Erwerbsverhalten der Frauen ist weniger vom Einkommen des Ehemannes als von der Kinderzahl abhängig. Das ist ein Beleg dafür, dass sich das klassische Rollenbild kaum geändert hat. Frauen tragen immer noch im überwiegenden Maße die familiären Verpflichtungen der unbezahlten Hausarbeit und Kindererziehung. In Haushalten ohne Kinder sind 75% der Frauen erwerbstätig, in Haushalten mit mindestens drei Kindern nur noch 21% (Steiner/Wolf 1996). Es gibt Fälle, wo Frauen berufliche Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen aufgrund fehlender Kinderbetreuung und/oder langen Anfahrtszeiten nicht in Anspruch nehmen können. Das Arbeitsmarktservice interpretiert ein Nichtantreten zu Ausbildungskursen dann oft als Unwilligkeit und sperrt die Frauen beim Bezug von Arbeitslosen- und Sozialleistungen.

Gerade in ländlichen Regionen haben es Frauen schwerer einen Arbeitsplatz zu finden. Dies liegt in der Art und Anzahl der angebotenen Arbeitsplätze sowie an unzureichenden Infrastrukturen. Viele Frauen in ländlichen Regionen sind daher bereit, selbst die schlechtesten Arbeiten für wenig Geld anzunehmen, nur um ein eigenes Einkommen zu haben, über das sie selbst verfügen können. Es gibt einen wachsenden Trend zu sozial prekären, flexiblen Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gerade unter Frauen. Diese Arbeitsverhältnisse bieten wenig finanzielle Möglichkeiten und implizieren gleichzeitig eine schlechte sozialrechtliche Absicherung in der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.

Ein unzureichendes Beschäftigungsangebot, eine mangelnde oder wenig gefragte berufliche Qualifikation gepaart mit Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben führen bei nicht wenigen Frauen in ländlichen Regionen zu gescheiterten Berufskarrieren und später zu einer schlechten materiellen Absicherung im Alter. Eine weitere enge Verschränkung zeigt sich bei der Mobilität. In vielen Haushalten gibt es nur ein Auto, welches dann hauptsächlich der Mann verwendet.

Gerade bei Frauen wirken die einzelnen Faktoren oft besonders kumulierend. Die Geburt eines Kindes behindert die schulische Ausbildung und den beruflichen Aufstieg. Fehlende Erwerbsarbeit bedeutet finanzielle Abhängigkeiten sowie ein eingeschränktes persönliches Handlungsfeld. Kinder benötigen zusätzliche finanzielle Mittel, die Altersvorsorge ist prekär etc.

4. Weitere anknüpfungspunkte für das RegAB Projekt

4.1. Psychologische Dimension Sozialer Ausgrenzung

Soziale Isolation, Armut, psychischen Probleme, Einsamkeit, Resignation, Pessimismus, Misstrauen oder Aggressivität gehen meist Hand in Hand. Gerade im ländlichen Raum werden Menschen, die nicht einer Norm entsprechen bzw. welche nicht an den Errungenschaften der Gesellschaft teilhaben können, immer noch mit dem Stigma der Schande und Unehrenhaftigkeit belegt. Dadurch wird das Problem der Armut und sozialen Isolation als ein individuelles Problem „privatisiert“. Die Ursachen dafür werden oftmals auf Dummheit, Faulheit, Nicht-Angepasstsein etc. reduziert und damit die Schuld den Betroffenen selber angelastet. Dies führt zu oft subtilen Ausgrenzungsreaktionen seitens der Bevölkerung und zum weiteren Rückzug der Betroffenen.

In den ländlichen Regionen werden aufgrund der fehlenden Anonymität und der engen sozialen Kontrolle Probleme sehr oft tabuisiert bzw. psychologisch verdrängt. Die Situation wird losgelöst von strukturellen Ursachen und herausgelöst aus den „Schicksalsgemeinschaften“ als eigenes und privates Schicksal empfunden. Aus diesem Grund haben die Betroffenen oft Angst davor, ihre Notlage einzubekennen oder Hilfe in Anspruch zu nehmen. Selbst dann, wenn entsprechende Hilfsstrukturen vorhanden sind, ist der Zugang oft schwierig. Nicht selten entwickeln die Betroffenen, damit ihre Notlage nicht an das Licht der Öffentlichkeit dringt.

Viele soziale Ausgegrenzte, Arme und von Armut Bedrohte kommen mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Problemen nicht mehr zurecht. Psychische Erkrankungen und Krisenzustände sind gerade dort weit verbreitet, wo es nicht üblich ist, darüber zu reden oder eine professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Akzeptanz einer psychischen Beratung ist gerade in peripheren ländlichen Regionen sehr gering. Der Umgang mit Konflikten zeigt sich in den Dörfern meist problematischer als in der Stadt. Die Grundmuster der Verdrängung sind in der Regel stärker, eine professionelle psychische Betreuung, Supervision oder das Erlernen von Konfliktlösungsstrategien wird in der ländlichen Bevölkerung noch immer wesentlich stärker abgelehnt. Da es zumindest bis jetzt noch keine Psychotherapie auf Krankenschein gibt, wird der Zugang zu einer professionellen Hilfe weiter erschwert. Dies ist gerade der Fall in ländlichen Regionen, wo der Stellenwert dieses Hilfsangebots in der öffentlichen Meinung niedrig ist. Aus den Erfahrungen der Studie zur ländlichen Armut (Wiesinger 2000) zeigt sich, dass gerade die bäuerliche Bevölkerung psychische Beratungs- und Betreuungsangebote, wenn dann nur sehr zögerlich in Anspruch nehmen. Dabei dürften in dieser Bevölkerungsgruppe immer noch stärker verankerte traditionalistische Vorstellungen eine bedeutende Rolle spielen.

Gerade am Land kommt es häufig zu einer sehr ausgeprägten manichäischen Trennung zwischen „gut“ und „schlecht“. Die Normen werden im informellen Kodex der Dorfgemeinschaft festgeschrieben. Die Bereitschaft zu helfen, hängt eng davon ab, inwieweit sich die Betroffenen in ihrem Verhalten den von ihnen erwarteten Ansprüchen anpassen und unterordnen. Die fehlende Anonymität und Privatsphäre im ländlichen Raum ist oft mit ein Faktor, welcher eine effiziente und erfolgreiche Hilfe behindert oder sogar verunmöglicht. Die Menschen haben oft das Gefühl, dass sie ihr Handeln immer von der Dorfgemeinschaft rechtfertigen müssen oder die Angst, dass wenn sie nicht der Norm entsprechen, sozialer Ausgrenzung ausgesetzt werden könnten. Andererseits trifft man in ländlichen Regionen aber immer wieder auch noch auf Beispiele einer funktionierenden Nachbarschaftshilfe. Dadurch werden die Folgen für sozial Schwache gemindert. Die Hilfsbereitschaft am Land ist weiters sehr stark von persönlichen Beziehungen abhängig. Menschen, welche man persönlich kennt, hilft man eher, sofern eine Einsicht für Unverschulden gegeben ist. Andererseits führt nonkonformes Verhalten am Land auch leichter zu Ausgrenzungsmechanismen.

Das Selbstwertgefühl der Armen und Armutsgefährdeten darf nicht unberücksichtigt gelassen werden. Dies hat eine zentrale Bedeutung bei der Umsetzung von Hilfsmaßnahmen. Den Betroffenen fällt es schwer als Almosenempfänger oder Bittsteller aufzutreten. Deshalb sind bei der konkreten Hilfe und Unterstützung Maßnahmen notwendig, die das Selbstwertgefühl der Betroffenen nicht verletzen.

Der schlechte Ruf, welcher der **Sozialhilfe** anhaftet und die Angst, in der Dorfgemeinschaft in Verruf zu geraten, führt dazu, dass die Barrieren, eine finanzielle Unterstützung zu beantragen am Land wesentlich höher liegen als in der Stadt. Aufgrund der fehlenden Anonymität und der Angst vor Stigmatisierung gibt es gerade in ländlichen Regionen viele arme Menschen, welche trotz Erfüllung der Anspruchskriterien zurückscheuen, diese auch zu beantragen. An der Sozialhilfe haftet das Bittsteller- und Almosenempfängerimage. Dies führt zu materieller, pflegerischer und psycho-sozialer Deprivation der Betroffenen. Als besonders erschwerend wirkt sich außerdem aus, dass Sozialhilfe am Gemeindeamt beantragt werden muss. Wer möchte sich schon gerne vor dem Gemeindevorsteher, der vielleicht ein Nachbar oder ehemaliger Schulkollege ist, in seiner Hilflosigkeit offenbaren müssen.

Leu et al. (1997) zitieren eine in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführte Studie, wonach 48% der Anspruchsberechtigten die Sozialhilfe nicht beziehen. Die Gründe dafür lassen sich auf drei Ebenen fassen, auf der instrumentellen, administrativen und persönlichen Ebene. Die Komplexität und Unklarheit der Regelungen, welche Ermessensspielräume beinhalten und als Bezugsbarrieren wirken, sehr bürokratische Verfahrensabläufe auf administrativer Ebene, geringe Höhe der Leistungen, Missbrauchskontrollen, Regressansprüche, schlechte Information und letztendlich die Angst vor einer erniedrigenden Behandlung und gesellschaftlichen Ächtung, wirken sich als Bezugsbarrieren aus. Da die Situation ähnlich gelagert ist, kann man auch für Österreich davon ausgehen, dass in ländlichen Regionen etwa die Hälfte der Anspruchsberechtigten wegen der angeführten Gründe freiwillig auf einen Sozialhilfeantrag verzichtet. Die Caritas geht jedenfalls davon aus, dass 50% keine Leistungen beanspruchen, weil sie sich vor den Gemeindebediensteten nicht bloßstellen wollen.

4.2. Sozial nachhaltige Konzepte einer integralen Regionalentwicklung

Sozial nachhaltige Regionalentwicklungskonzepte nehmen auf die spezifischen Bedürfnisse von sozialen Randgruppen und benachteiligten Menschen Rücksicht. Im Interesse der lokalen Bevölkerung ist es z.B. wesentlich sinnvoller ein Grundnetz an bedürfnisorientierter Nahversorgung und sonstiger Infrastrukturen aufrecht zu erhalten, als beispielsweise in einer Region den sechzehnten Skilift zu eröffnen, der lediglich dem Tourismus und einer bestimmten Zahl daran Profitierenden dient. Wie in den einleitenden Kapitel aufgezeigt werden konnte, gibt es keinen homogenen ländlichen Raum. Daher müssen die Konzepte die Eigenheiten der einzelnen ländlichen Teilräume mit den BewohnerInnen sowie die konkreten Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Eine wesentliche Aufgabe der Förderkonzepte stellt das Zunutzemachen von brachliegenden lokalen, regionalen Ressourcen und Potentialen für das ländliche Gemeinwesen dar. Dazu ist eine bessere lokale, regionale und überregionale Kooperation notwendig, welche auch einen wichtigen, nicht zu unterschätzenden sozialen Aspekt hat. Die Ansätze und Initiativen dürfen die regional übergeordneten Zusammenhänge nicht aus dem Blickfeld verlieren. Ein traditionelles, d.h. auf ein räumlich eng ausgerichtetes Gemeinwesen erweist sich als unzureichend. Eine enge Vernetzung der lokalen, regionalen und überregionalen Ebene ist erforderlich. Nachbarschaften in Form größerer Regionen unter Einschluss angrenzender städtischer Regionen bzw. lokaler/regionaler Zentren sind gerade beim Angebot höherwertiger sowie spezifischer Leistungen von zentraler Bedeutung. Deshalb muss eine überregionale und interregionale Vernetzung erfolgen, gerade in Bereichen spezieller Angebote für bestimmte Gruppen der Bevölkerung. In Hinblick auf die Integration von behinderten Jugendlichen können hier Clearing-Stellen, Arbeitsassistenz oder sozialpädagogische Einrichtungen angeführt werden.

Größere Marktgemeinden und Kleinstädte können sowohl in wirtschaftlicher, aber auch in sozialer und kultureller Hinsicht eine große Bedeutung für die ländliche Region haben. Bei allen Regionalförderungsmaßnahmen für ländliche Regionen müsste daher ein besonderes Augenmerk auch auf die Entwicklung der lokalen Zentren gelegt werden. In diesen lokalen Zentren sollte ein Angebot an höherrangigen Angebotsstrukturen gewährleistet werden können, welche in kleineren Landgemeinden nicht möglich sind.

Bei allen Regionalentwicklungsmaßnahmen sollte außerdem auf einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen Wert gelegt werden, um Prozesse abzukürzen und Reibungsverluste zu vermeiden. Alle Maßnahmen haben weiters unter den Prämissen der Ressourcenschonung und einer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit zu erfolgen.

Bryden (1995) sieht die zukünftigen Entwicklungsimpulse der ländlichen Regionen vor allem im Aufbau der Humanressourcen und der ökonomischen Diversifizierung. Damit könne die Konkurrenz- und Lebensfähigkeit der ländlichen Regionen gestärkt werden. Die Chance liegt in der Entwicklung qualitative hochwertiger Dienstleistungen. Es gibt dabei aber wesentliche Probleme zu bewältigen, wie Fragen der Saisonalität, niedrige Löhne, fehlende oder inadäquate Förderinstrumente. Unter Einbeziehung der Umwelt, der Kultur sowie den Besonderheiten der Regionen lässt sich ein großes Entwicklungspotential nützen. Die Entwicklungsinitiativen lassen sich nur unter größtmöglicher Beteiligung und Motivation der ländlichen Bevölkerung erfolgreich durchführen. Dazu ist eine alle gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Bereiche umfassende Politik notwendig, welche sich nicht auf die Förderung einzelner Sektoren reduziert.

Gemeinwesenorientierte soziale Arbeit hat eine wichtige Funktion bei der Umsetzung von Projekten, Vernetzung der Betroffenen, Interessensvermittlung der unterschiedlichen sozialen Akteure und Inszenierung neuer sozialer (Begegnungs-)Räume. In Bezug auf sozial ausgeschlossene Gruppen bzw. Menschen, welche von sozialem Ausschluss bedroht sind, müssen neue Gestaltungsformen des sozialen Miteinanders entworfen werden. Dabei ist ein besonderes Engagement der lokalen Bevölkerung bei der Gestaltung ihrer Lebensräume gefragt. Diese Beteiligung in den Bereichen Verkehr, Soziales, Umweltschutz, Wirtschaft usw. darf sich nicht auf (finanzielle) Forderungen an die Gemeinde reduzieren, sondern sie muss auch neue Formen und Denkansätze zur Gestaltung des sozialen Lebens beinhalten. Dazu zählen Konzepte der Bürgerbeteiligung und der integrativen Dorfentwicklung, die u.a. die Belebung und Weiterentwicklung der Nachbarschaftshilfe, der Bewahrung und Realisierung von Freizeit-, Kultur- und Gemeinschaftseinrichtungen, sozialen Hilfsstrukturen, an den Bedürfnissen der Bevölkerung angemessenen Infrastruktureinrichtungen usw. zum Ziel haben.

Gemeinwesenarbeit wird im heutigen Verständnis nicht mehr als eine eigenständige Methode, sondern eher als ein eigenständiges Arbeits- und Handlungsprinzip verstanden. Sie umfasst nach Albert (2001) neben den klassischen Methoden und Techniken der Sozialarbeit – wie Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Therapie, Beratung – auch politische Arbeitsweisen wie Bürgerversammlungen, Befragungen und Eingaben. Schließlich wird bei der makrosystemischen Vorgehensweise auch eine enge Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen angestrebt, mit dem Ziel ein Gemeinwesen durchdringendes Netzwerk zu schaffen. Gemeinwesenorientierung ist eine Grundhaltung professionellen sozialen Handelns, welche eine ganzheitliche Herangehensweise an soziale Problemlagen impliziert. Die damit verbundene Komplexität verlangt interdisziplinäre, methodenübergreifende und integrative Konzepte. Das Interventionsniveau greift auf allen Ebenen, auf der Ebene des Individuums, der sozialen Gruppe, des lokalen Netzwerks, des Gemeinwesens und der Gesellschaft.

Das Verantwortungsbewusstsein der Menschen kann nur durch eine Stärkung der gemeinwesenorientierte Werte gefördert werden. Ähnlich wie die natürliche Umwelt bedarf auch die soziale Umwelt eines Schutzes. Für ein neues Ich-Wir-Paradigma muss es zu einer Reaktivierung der Gemeinschaft kommen. Die Entwicklung von Strategien für einen nachhaltigen Schutz der sozialen Umwelt im ländlichen Raum ist unerlässlich. Wirksame Maßnahmen für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung des ländlichen Raumes sollten dabei im Rahmen der neuen EU-Struktur- und Regionalpolitik stattfinden (Agenda 2000). Diese Maßnahmen müssten dabei aber integrativ erfolgen, d.h. sie müssten die einzelnen Strukturfonds (EAGFL, EFRE, ESF, FIAF) und Ziele (Förderung strukturschwacher Regionen, Förderung von Regionen die einem wirtschaftlichen und sozialen Wandel unterliegen und Förderung der Entwicklung der Humanressourcen) miteinander verbinden. Besonders wichtig erscheint dabei die Bedeutung der EU-Gemeinschaftsinitiativen (LEADER+, INTERREG III, EQUAL und URBAN), da diese mehr Flexibilität und einen höheren Grad an Gestaltungsspielraum in Hinblick auf die Programmierung und Finanzierung erlauben. Qualitativ hochwertige Ansätze und Initiativen wären aber auch unter anderen Titeln denkbar wie z.B. der lokalen Agenda 21. Abgesehen

von EU-Maßnahmen müssten aber auch politische Maßnahmen auf nationaler oder regionaler Ebene implementiert werden, um die Ausgrenzung sozialer Randgruppen in ländlichen Regionen zu verhindern bzw. deren Integration zu ermöglichen.

4.3. Soziale und wirtschaftliche Integration von Jugendlichen in ländlichen Regionen

Ein wesentlicher Schritt in Richtung Unabhängigkeit und Selbständigkeit stellt für Jugendliche und junge Erwachsene der Eintritt ins Berufsleben dar. Kytir/Münz (1994) gehen davon aus, dass ein „möglichst höher Grad von Autonomie und Eigenverantwortlichkeit des Handelns erreicht“ wird, wenn drei zentrale Kriterien erreicht werden: Eintritt ins Berufsleben, Auszug aus dem Haushalt der eigenen Herkunftsfamilie und die Gründung einer eigenen Familie. Die Diskussion um den Prozess des Übergangs der Jugendlichen ins Erwachsenenleben hat sich jedoch in den letzten Jahren gerade auch auf internationaler Ebene sehr verbreitert. Man betrachte z.B. die Arbeiten von Jones/Wallace (1992), Furlong/Cartmel (1997) und Wyn/White (1997).

Im Lebenslauf vieler Jugendlicher wechseln heute Phasen der Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit mit Phasen der Arbeitslosigkeit, ein reibungsloser, direkter Übergang (im Sinne einer „Normalbiographie“) von einer Ausbildung in eine regelmäßige, stabile und sozial abgesicherte Erwerbsarbeit wird immer unwahrscheinlicher. Höhere Ausbildung und längere Bildungszeiten aber auch zunehmende Unsicherheiten und Risiken am Arbeitsmarkt dehnen den Übergang der Jugendlichen von der Schulausbildung ins Berufsleben aus (OECD 2000). Auch der Auszug aus dem Haushalt der Herkunftsfamilie ist keineswegs endgültig. Einige Jugendliche kehren nach einer Zeitspanne, in der sie nicht im Elternhaus gewohnt haben, wieder zurück, bzw. werden von Jugendlichen auch Mischformen gelebt, in denen sie zwischen Elternhaus und einer zweiten Wohnung (z.B. die des Freundes/der Freundin) pendeln. Demnach wird es immer schwieriger einen bestimmten Zeitpunkt festzumachen, an dem Jugendliche den Erwachsenenstatus erreicht haben. Wyn/White (1997) weisen darauf hin, dass es sich beim Übergang ins Erwachsenenleben (engl.: „transition“) nicht um einen eindimensionalen und systematischen, sondern um einen multidimensionalen Prozess handelt, der kaum an einem bestimmten Punkt als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

Der Übergang ins Erwachsenenleben wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, wobei nicht nur wirtschaftliche Rahmenbedingungen sondern auch soziale, kulturelle und individuelle Faktoren eine wesentliche Rolle spielen.

Viele Jugendliche verlassen nach Abschluss der Pflicht- bzw. Höheren Schule ihre Heimatgemeinde oder beginnen eine PendlerInnenkarriere. Die Hauptmotive dafür sind im wesentlichen Aus- und Weiterbildung, die Erweiterung der beruflichen Möglichkeiten und das Bedürfnis nach einer eigenen Wohnung. Laut Shucksmith (2000) liegen die Hauptbarrieren für eine Integration von Jugendlichen in ländlichen

Regionen im besonderen Maße im Bereich des Arbeitsmarktes. Fehlende und vor allem fehlende attraktive Lehr- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die daraus resultierende Gefahr der Arbeitslosigkeit stellen dabei wesentliche Barrieren dar, wenn Jugendliche in einer ländlichen Region bleiben wollen.

In ländlichen Regionen sind Arbeitssuchende mit zwei unterschiedlichen Arbeitsmärkten, dem lokalen/regionalen Arbeitsmarkt und dem nationalen Arbeitsmarkt, konfrontiert, die in vielen Fällen divergierende Anforderungen besonders an arbeitssuchende junge Menschen stellen.

Der regionale Arbeitsmarkt ist oft durch eine eingeschränkte Nachfrage nach spezifischen Arbeitskräften gekennzeichnet. Arbeitsplatzangebote beschränken sich auf bestimmte Branchen, und Kriterien wie Geschlecht und soziale Stellung der Eltern sind in vielen Fällen ausschlaggebend für die Beschäftigung einer bestimmten Person. In der Lehrausbildung wird beispielsweise eine Separierung in einen männlichen, handwerklichen Bereich und einen weiblichen, den Dienstleistungsbereich, am deutlichsten, wobei es zwischen den Bereichen nach wie vor wenig Durchlässigkeit gibt. Dabei stellt sich die Situation für junge Frauen (noch) problematischer dar als die der jungen Männer, da klassische Frauenberufe wie Verkäuferin, Friseurin oder Köchin knapp und oft schon überlaufen sind, während in klassischen Handwerksberufen männliche Lehrstellenbewerber dominieren (Dax et al. 2000). Bei der Arbeitsplatzsuche sind soziale Kontakte neben der beruflichen Qualifikation zentrales Element des Erfolges, wobei sich dies für Jugendliche durchaus zweischneidig erweist. Einerseits finden viele Jugendliche gerade aufgrund ihrer sozialen Kontakte (über Eltern, Verwandte, Bekannte, Nachbarn, etc.) ihren Arbeits- oder Lehrplatz. Die geringe Anonymität kann sich allerdings auch als soziale Bürde erweisen, wenn Jugendliche und ihre Familien in der regionalen Hierarchie weiter unten angesiedelt sind und sich potentielle Arbeitgeber an sozialen und/oder historischen Gegebenheiten orientieren, die manche Jugendliche von vorneherein als BewerberInnen benachteiligen oder gar ausschließen.

Der Arbeitsmarkt in ländlichen Regionen muss in weiten Bereichen generell als „jugend-unfreundlich“ bezeichnet werden (OECD 2000). Wenige freie Lehrstellen und ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen für Jugendliche mit höherer Qualifikation bringen es mit sich, dass Jugendliche ihre Arbeitsplatz Erfahrungen frühzeitig in anderen Regionen machen. Praxiserfahrung, die junge Menschen kaum mitbringen können, gilt als wesentliches Einstiegs-kriterium. Darüber hinaus hat das in vielen Fällen geringere Lohnniveau ländlicher Regionen einen negativen Einfluss auf die Arbeitssuche.

Da die öffentlichen Verkehrsmittel in ländlichen Regionen meist wenig ausgebaut sind, ist für die Jugendlichen der Besitz oder die Verfügbarkeit eines Autos eine wesentliche Voraussetzung für ihre Mobilität. Ein Auto ist oft Bedingung dafür, einen Arbeitsplatz zu bekommen bzw. an einen Arbeitsplatz zu gelangen und auch in

sozialer Hinsicht und für die Freizeitgestaltung vergrößert sich der Handlungsspielraum mithilfe eines Autos maßgeblich. Da das Freizeitangebot in den einzelnen Gemeinden gering ist, müssen die Jugendlichen, um beispielsweise zu einem Sportzentrum zu gelangen oder eine Diskothek zu besuchen längere Fahrtzeiten auf sich nehmen. Jugendliche streben dementsprechend danach, möglichst rasch in den Besitz eines Autos zu kommen. Das heißt aber auch, dass wesentliche Geldmittel bereits im Autokauf und durch Erhalt eines Autos gebunden sind, was für Jugendliche auch im Hinblick auf das niedrige Lohnniveau der Region eine wesentliche finanzielle Belastung darstellt und Lösungsprozesse vom elterlichen Haushalt verzögert.

Zur Integration von Jugendlichen gehört jedoch nicht nur das wirtschaftliche Eingebundensein, vielmehr ist dabei auch von Bedeutung, wie und in welchem Ausmaß es den Jugendlichen möglich ist, am sozialen Leben im Dorf und in der Region teilzunehmen.

Obwohl die Situation der Jugendlichen entsprechend der lokalen und regionalen Kontexte sehr unterschiedlich sein kann, findet man in Interviews mit Jugendlichen (Arkleton Centre 2001) immer wieder Hinweise, dass eine aktive Teilnahme am öffentlichen Leben oft nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen möglich ist und Jugendliche Schwierigkeiten haben, in ihren Bedürfnissen akzeptiert zu werden. Wie beispielsweise aus Interviews im Rahmen des internationalen PAYPIRD Forschungsprojekts mit Jugendlichen in der Region Murau deutlich wurde, werden Entscheidungsprozesse, die eine bestimmte Gruppe, eine Gemeinde oder eine Region betreffen, in den meisten Fällen durch (männliche) Erwachsene (Bürgermeister, Gemeinderat, etc.) dominiert, deren Verständnis für die Herangehensweise und Lösungsansätze der Jugendlichen eher begrenzt ist. Es resultiert daraus, dass Jugendliche sich sehr wenig in ihrer Gemeinde engagieren, da ohnehin kaum Möglichkeiten gesehen werden, tatsächlich etwas verändern bzw. „mitreden“ zu können.

Freizeitmöglichkeiten, Treffpunkte und Veranstaltungsräume speziell für Jugendliche sind generell eher spärlich vorhanden und konzentrieren sich in vielen Fällen auf traditionell gewachsene und institutionell verankerte Vereinsaktivitäten (Landjugend, katholische Jugend, freiwillige Feuerwehr, Musikverein, u.ä.). Jugendliche, die andere Interessen verfolgen, haben in einer ländlichen Gemeinde oft wenig Alternativen, Treff- oder Sammelpunkte, wo sie ihren Interessen nachkommen und sich mit Gleichgesinnten austauschen können (Dax et al. 2000).

Für Jugendliche besteht die Herausforderung insbesondere darin, eine pro-aktive Haltung einzunehmen und nicht abwartend vorbestimmte Rahmenbedingungen und Pläne, die über eine jugendliche Beteiligung verfügen, zu übernehmen. Eine re-aktive Haltung ist insbesondere in einer Umwelt, in der lokale und regionale Aktivitäten rar sind, meist zum Scheitern verurteilt. Allerdings wäre es wichtig, dass

der Anstoß zur Beteiligung am sozialen Leben auch von außen kommt bzw. Jugendliche Anerkennung und Unterstützung von Erwachsenen bekommen, da die Wenigsten die notwendige Kraft, Ausdauer und hohe Frustrationstoleranz besitzen, um ihre Bedürfnisse und Wünsche innerhalb der Strukturen einer Gemeinde umzusetzen.

Die wesentlichen Faktoren für die Probleme von Jugendlichen können anhand von vier Fragestellungen skizziert werden, welche die Handlungsspielräume der Jugendlichen maßgeblich beeinflussen, ihre Möglichkeiten einschränken und dazu führen können, dass bestimmte Personengruppen (z.B. Jugendliche ohne Chance auf eine Lehrstelle, AlleinerzieherInnen, WiedereinsteigerInnen) von sozialem Ausschluss gefährdet sind.

Die Frage der Mobilität stellt sich hierbei als wesentlich dar. Sind die Jugendlichen gezwungen, die Mobilität individuell – durch den kostenintensiven Besitz eines Autos – zu lösen, oder können sie auf ein tragfähiges, gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz zurückgreifen? Gibt es in der Region ein anerkanntes, breit gefächertes Bildungsangebot oder sehen sich bildungsinteressierte Jugendliche dazu veranlasst, aus der Region zu pendeln bzw. die Region zu verlassen, um sich weiterbilden zu können? Dasselbe gilt für den Arbeitsmarkt. Gibt es in der Region eine große Bandbreite an Arbeitsmöglichkeiten oder ist der regionale Arbeitsmarkt einer kleinen Schicht von Arbeitskräften vorbehalten, die diesen Anforderungen genau entsprechen müssen? Gibt es in der Region jugendspezifische Programme oder stellen die Jugendlichen keine Zielgruppe in den Regionalentwicklungsprogrammen dar?

Da Jugendliche ein zwiespältiges Verhältnis zu politischen Maßnahmen haben und auf jugendbezogene Maßnahmen in besonderer Weise reagieren, ist die Gestaltung von lokalen politischen Maßnahmen in einer "jugendgerechten" Weise vordringlich. Es ist eine besondere Aufgabe der Lokal- und Regionalpolitik sowie ländlicher Entwicklungsprogramme, die Wirkungen auf die Entwicklung der Jugendlichen im ländlichen Raum mitzuberücksichtigen und Jugendliche bewusst als Zielgruppe in ihre Konzeption aufzunehmen.

Eine besondere Problematik stellen Jugendliche mit Behinderungen oder Teilbereichsschwächen dar. Für diese Gruppe sind ganz besondere Anstrengungen notwendig, um ihren sozialen Ausschluss aus der ländlichen Gesellschaft zu verhindern.

5. Zusammenfassung

Im Diskussionspapier wird zunächst ein Überblick über den Stand der Diskussion zur Definition von Ruralität bzw. Ländlichkeit im Gegensatz zur Urbanität bzw.

städtischen Lebens gegeben. Dabei werden nicht nur regionalpolitische und ökonomische sondern auch gesellschaftliche und soziokulturelle Faktoren beleuchtet. Von dieser grundlegenden Analyse ausgehend wird in weiterer Folge die Funktionsweise dörflicher Sozialsysteme in Hinblick auf integrierende bzw. ausgrenzende Faktoren charakterisiert und daraus Ansatzpunkte für das RegAB Projekt entwickelt.

In allen bedeutsamen soziologischen und regionalpolitischen Untersuchungen auf nationaler wie internationaler Ebene zeigen sich erhebliche Schwierigkeit bei der Definition und Abgrenzung von ländlichen und städtischen Räumen. Es fehlen klare, von allen akzeptierte Definitionseinheiten für „Urbanität“ bzw. „Ruralität“. Auch in Hinblick auf soziale Ausgrenzung bzw. soziale Integration lassen sich sehr unterschiedliche Ansätze feststellen. Soziale Ausgrenzung ist ein vielschichtiger dynamischer Prozess, der weit über rein erwerbsarbeitszentrierte Aspekte hinausreicht. Die Ursachen sozialer Ausgrenzung sind nicht nur individuell sondern resultieren auch aus der Fehlfunktion des sozialen, gesellschaftlichen und politischen Systems.

Im Zeitalter der Globalisierung, der dynamischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen, der gestiegenen Mobilität und engeren überregionalen wirtschaftlichen und kulturellen Austauschbeziehungen werden die Unterschiede zwischen Stadt und Land auf vielen Ebenen geringer. Ländliche Räume unterliegen einem raschen strukturellen Wandel. Durch die Deagrarisierung, Industrialisierung, Massenkonsum, überregionale Mobilität und Telekommunikation werden selbst in peripheren ländlichen Regionen die alten sozialen Strukturen durcheinander gewirbelt und die geschlossenen dörflichen Lebensgemeinschaften ins Wanken gebracht. Mit den wirtschaftlichen Veränderungen ändern sich auch die sozialen Beziehungen in den dörflichen Gemeinschaften. Im Zeitalter der postfordistischen Industriegesellschaft gewinnen individualistische Grundhaltungen zunehmend an Bedeutung. Lebensweisen und Meinungstrends nivellieren sich zunehmend. Es kommt zu einer allmählichen Angleichung bei der Scheidungsrate, dem durchschnittlichen Heiratsalter oder bei der Anzahl der Kinder pro Familie an den nationalen Durchschnitt. Auch in ländlichen Regionen werden Großfamilien und Mehrgenerationenhaushalte selten, Singlehaushalte häufiger. Dies hat massive Auswirkungen auf Lebensstil, Arbeits-, und Freizeitkultur aber auch auf die Wohnbedürfnisse der einzelnen Menschen.

Die Landwirtschaft verliert zunehmend an Bedeutung zugunsten des Dienstleistungssektors. Immer mehr Menschen pendeln, der Anteil der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe wächst, lokale Infrastruktureinrichtungen gehen verloren, die individuelle Mobilität steigt bei gleichzeitigem Rückbau des öffentlichen Transportwesens etc. Diese Prozesse zeitigen massive Konsequenzen für die ländliche Bevölkerung bezüglich ihrer demographischen Zusammensetzung, sozialen Beziehungen und kulturellen Situation. Aber auch zwischen den einzelnen ländlichen Regionen lassen sich große Unterschiede feststellen. Während einige Regionen Zeichen des Niedergangs zeigen, weisen andere wiederum eine sehr

dynamische wirtschaftliche Entwicklung auf, die durchaus über jener städtischer Industrieregionen liegen kann. Die Trends haben sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen. Die Betroffenheit ist nicht in gleichem Maße gegeben. Während die einen von den Entwicklungen profitieren oder kaum betroffen sind, laufen andere wiederum Gefahr dabei wirtschaftlich und sozial zu verlieren.

Dorfgemeinschaften zeichnen sich immer noch durch geringere Anonymität, engere zwischenmenschlichen Beziehungen und die Überschaubarkeit der sozialen Verhältnisse aus. Gleichzeitig werden dadurch auch Sitten, Gebräuche und moralische Vorstellungen determiniert. Hilfsbereitschaft und Nachbarschaftshilfe besitzen in diesem Kontext eine bedeutende Rolle, da dadurch oft erst die Funktionsfähigkeit einer sozialen Gemeinschaft garantiert werden kann. In allen dörflichen Gemeinschaften haben sich im Laufe der Zeit entsprechende Hilfsstrukturen in Form von Vereinen, Verbänden etc. herausgebildet. Viele dieser Einrichtungen haben eine lange Tradition, wie etwa kirchliche Vereinigungen oder die freiwillige Feuerwehr. Strukturen der Nachbarschaftshilfe funktionieren aber auch informell, d.h. sie sind von freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen abhängig.

Untersuchungen belegen, dass heute in etwa der Hälfte der Dörfer keine ausreichende Nachbarschaftshilfe mehr gegeben ist. Eine Unterstützung kann meist nur für kurze Zeit aufrechterhalten werden, nicht jedoch über einen längeren Zeitraum hinweg. Dabei spielt das Angebot an potentiellen Hilfskräften oft eine geringere Rolle als die Siedlungsstruktur und traditionelle soziokulturelle Faktoren.

Faktoren für die soziale Ausgrenzung hängen insbesondere in den ländlichen Regionen eng mit einem Versagen von öffentlichen Diensten und privaten Netzwerken zusammen, vor allem in den Bereichen Transportwesen, sozialer Wohnbau und Kinderbetreuung. Soziale Ausgrenzung als Phänomen tritt sowohl in ländlichen als auch städtischen Regionen in Erscheinung. Wesentlich für den ländlichen Raum sind die spezifischen Ursachen und Wirkungsweisen Ausgrenzung verursachender Faktoren aufgrund der besonderen räumlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen. Es gibt Faktoren, die für den ländlichen Raum eine besonders große Bedeutung haben, wie z.B. das Angebot an lokalen Infrastruktureinrichtungen oder die Mobilität. Gerade Einkommensschwache, Erwerbslose, alte, gebrechliche, behinderte Menschen, Menschen mit Betreuungsaufgaben usw. können oft nicht entsprechend am sozialen Leben einer Region teilnehmen.

Soziale, kulturelle und ökonomische Infrastrukturen sind unerlässlich für den Zusammenhalt der ländlichen Gesellschaft. Es zeigt sich, dass die familiären und dörflichen Strukturen in ländlichen Regionen zunehmend erodieren. Auf die Bedürfnisse derjenigen, die dabei nicht mithalten können, wird zu wenig Rücksicht

genommen. Infrastrukturen dürfen dabei allerdings nicht als statisch gesehen werden. Ihre Funktionsfähigkeit und Zweckmäßigkeit können sie nur dann aufrecht erhalten, wenn sie sich entsprechend dem soziostrukturellen Wandel der Gesellschaft und den geänderten Bedürfnissen anpassen. Die Inanspruchnahme von Angeboten, Einrichtungen, Dienstleistungs- und Versorgungsdiensten hängt stark von den konkreten Ansprüchen der Menschen ab. Diese Ansprüche ändern sich sowohl mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen aber auch mit individuellen, biographischen Faktoren. Lebenserfahrung, Bildung, Kommunikation, erweiterter Horizont durch Reisen, Pendeln oder Bedürfnisse, die besonders in einem bestimmten Lebensabschnitt auftreten, um nur einiges zu nennen, sind dabei wichtige Determinanten.

Eine wesentliche Aufgabe der Förderkonzepte stellt das Zunutzemachen von brachliegenden lokalen, regionalen Ressourcen und Potentialen für das ländliche Gemeinwesen dar. Dazu ist eine gute lokale, regionale und überregionale Kooperation notwendig, welche auch einen wichtigen, nicht zu unterschätzenden sozialen Aspekt hat. Die Ansätze und Initiativen dürfen die regional übergeordneten Zusammenhänge nicht aus dem Blickfeld verlieren. Ein traditionelles, d.h. auf ein räumlich eng ausgerichtetes Gemeinwesen erweist sich als unzureichend. Eine enge Vernetzung der lokalen, regionalen und überregionalen Ebene ist erforderlich. Nachbarschaften in Form größerer Regionen unter Einschluss angrenzender städtischer Regionen bzw. lokaler/regionaler Zentren sind gerade beim Angebot höherwertiger sowie spezifischer Leistungen von zentraler Bedeutung. Deshalb muss eine überregionale und interregionale Vernetzung erfolgen, gerade in Bereichen spezieller Angebote für bestimmte Gruppen der Bevölkerung. In Hinblick auf die Integration von behinderten Jugendlichen können hier Clearing-Stellen, Arbeitsassistenten oder sozialpädagogische Einrichtungen angeführt werden.

Gemeinwesenorientierte soziale Arbeit hat eine wichtige Funktion bei der Umsetzung von Projekten, Vernetzung der Betroffenen, Interessensvermittlung der unterschiedlichen sozialen Akteure und Inszenierung neuer sozialer (Begegnungs-)Räume. In Bezug auf sozial ausgeschlossene Gruppen bzw. Menschen, welche von sozialem Ausschluss bedroht sind, müssen neue Gestaltungsformen des sozialen Miteinanders entworfen werden. Dabei ist ein besonderes Engagement der lokalen Bevölkerung bei der Gestaltung ihrer Lebensräume gefragt. Diese Beteiligung in den Bereichen Verkehr, Soziales, Umweltschutz, Wirtschaft usw. darf sich nicht auf (finanzielle) Forderungen an die Gemeinde reduzieren, sondern sie muss auch neue Formen und Denkansätze zur Gestaltung des sozialen Lebens beinhalten. Dazu zählen Konzepte der Bürgerbeteiligung und der integrativen Dorfentwicklung, die u.a. die Belebung und Weiterentwicklung der Nachbarschaftshilfe, der Bewahrung und Realisierung von Freizeit-, Kultur- und Gemeinschaftseinrichtungen, sozialen Hilfsstrukturen, an den Bedürfnissen der Bevölkerung angemessenen Infrastruktureinrichtungen usw. zum Ziel haben.

Die Zukunft der ländlichen Regionen hängt nicht zuletzt von den Jugendlichen ab. Fehlende und vor allem fehlende attraktive Lehr- und Beschäftigungsmöglichkeiten

und die daraus resultierende Gefahr der Arbeitslosigkeit stellen dabei wesentliche Barrieren dar, wenn Jugendliche in einer ländlichen Region bleiben wollen. Der Arbeitsmarkt in ländlichen Regionen muss in weiten Bereichen generell als „jugendunfreundlich“ bezeichnet werden. Wenige freie Lehrstellen und ein geringes Angebot an Arbeitsplätzen für Jugendliche mit höherer Qualifikation bringen es mit sich, dass Jugendliche ihre Arbeitsplatzerfahrungen frühzeitig in anderen Regionen machen. Praxiserfahrung, die junge Menschen kaum mitbringen können, gilt als wesentliches Einstiegs-kriterium. Darüber hinaus hat das in vielen Fällen geringere Lohnniveau ländlicher Regionen einen negativen Einfluss auf die Arbeitssuche. In ländlichen Regionen sind Arbeitssuchende mit zwei unterschiedlichen Arbeitsmärkten, dem lokalen/regionalen Arbeitsmarkt und dem nationalen Arbeitsmarkt, konfrontiert, die in vielen Fällen divergierende Anforderungen besonders an arbeitssuchende junge Menschen stellen.

Zur sozialen Integration von Jugendlichen gehört nicht nur das wirtschaftliche Eingebundensein, sondern auch in welchem Ausmaß es den Jugendlichen möglich ist, am sozialen Leben im Dorf und in der Region teilzunehmen. Freizeitmöglichkeiten, Treffpunkte und Veranstaltungsräume speziell für Jugendliche sind generell eher spärlich vorhanden und konzentrieren sich in vielen Fällen auf traditionell gewachsene und institutionell verankerte Vereinsaktivitäten (Landjugend, katholische Jugend, freiwillige Feuerwehr, Musikverein, u.ä.). Jugendliche, die andere Interessen verfolgen, haben in einer ländlichen Gemeinde oft wenig Alternativen, Treff- oder Sammelpunkte, wo sie ihren Interessen nachkommen und sich mit Gleichgesinnten austauschen können.

Da Jugendliche ein zwiespältiges Verhältnis zu politischen Maßnahmen haben und auf jugendbezogene Maßnahmen in besonderer Weise reagieren, ist die Gestaltung von lokalen politischen Maßnahmen in einer „jugendgerechten“ Weise vordringlich. Es ist eine besondere Aufgabe der Lokal- und Regionalpolitik sowie ländlicher Entwicklungsprogramme, die Wirkungen auf die Entwicklung der Jugendlichen im ländlichen Raum mitzuberücksichtigen und Jugendliche bewusst als Zielgruppe in ihre Konzeption aufzunehmen. Eine besondere Problematik stellen dabei Jugendliche mit Behinderungen oder Teilbereichsschwächen dar. Für diese Gruppe sind ganz besondere Anstrengungen notwendig, um ihren sozialen Ausschluss aus der ländlichen Gesellschaft zu verhindern.

Verwendete und weiterführende Literatur

Albert, Martin: Gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit im ländlichen Bereich. Zwischen Dorf und Neubaugebiet, Soziale Arbeit Nr. 4/2001, pp. 135-142

Arkleton Centre for Rural Development Research: Policies and Young People in Rural Development (PAYBIRD). Final Report for the European Commission, Aberdeen 2001

Baumann, Zigmund: Globalisation: The Human Consequences, Cambridge 1998

Beck, Ulrich: Die Individualisierungsdebatte. In: Schäfers, Bernhard (Hg.): Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, Theoretische Kontroversen, Opladen 1995

Blanc, Michel: Urban to Rural Migrations: Which Relationships Between Occupational and Residential Migrations? In: Copus, Andrew K.; Marr, P.J.(eds.): Proceedings of the 35th Seminar of the European Association of Agricultural Economists (EAAE). 27-29 June, 1994, Aberdeen

Blotevogel, Hans-Heinrich: Neue Räume – zum Entstehen und zur Struktur. Kritischer Kommentar. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (Hrsg.): Neue Räume brauchen eine neue (Raum-)Politik. ILS-Schriften 144, Dortmund 1999.

Böhnisch, Lothar; Funk, Heide: Jugend im Abseits? Zur Lebenslage Jugendlicher im ländlichen Lebensraum, München 1989

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1987

Boyle, Peter; Halfacree, Keith: Migration in Rural Areas: Theories and Issues, Chichester 1998

Bradley, T.; Lowe Philip (eds.): Locality and Rurality: Economy and Society in Rural Regions, London 1984

Bryden, John: Situation and Trends in Rural Areas. In: Dax, Thomas; Loibl, Elisabeth, Oedl-Wieser, Theresia (eds.): Pluriactivity and Rural Development. Forschungsbericht Nr. 34 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 1995

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte: Die Lage der ArbeitnehmerInnen 1999, Wien 1999

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BMAGS): Einbindung statt Ausgrenzen. Neue Strategien gegen die Armut. Bericht einer ExpertInnenarbeitsgruppe, Wien Mai 1999

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW): Grüner Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2000, Wien 2001

Callon, Michel: Techno-economic networks and irreversibility. In Law, John (ed.): A Sociology of Monsters: Essays on Power, Technology and Domination, London and New York 1991, pp.132-161

Callon, Michel; Latour, Bruno: Unscrewing the Big Leviathan, In: Knorr-Cetina, K; Cicourel, A. (eds.): Advances in Social Theory and Methodology: Towards an Integration of Micro- and Macro-Sociologies, New York 1981 pp.228-303

Cloke, Paul; Goodwin, Marc: Conceptualizing Countryside Change: From Post-Fordism to Rural Restructured Coherence. Transactions of the Institute of British Geographers N.S., 17: 321-336, 1992

Danielzyk, Rainer: Eine neue Planungskultur in der Raumordnung – eine Chance für ländliche Räume? In: Kulturtechnik und Landesentwicklung, Heft 4, Berlin 2000

Day, Graham; Murdoch, Jonathan: Locality and Community: Coming to terms with place. Sociological Review, 41: 1: 82-111, 1993

Dax, Thomas; Loibl, Elisabeth, Oedl-Wieser, Theresia (Hg.): Pluriactivity and Rural Development. Forschungsbericht Nr. 34 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 1995

Dax, Thomas: Entwicklung des ländlichen Raums. Perspektiven für die Politik. In: Die Bergbauern Nr. 252, Wien Dezember 1999

Dax, Thomas; Oedl-Wieser, Theresia; Wiesinger, Georg: Policies and Young People in Rural Development. Interim Report for the European Research, DG B.I.2, chapter 4, young People in Murau, Austria. Edited by the Arkleton Centre for Rural Development Research, Aberdeen 1999, pp. 131-154

Dax, Thomas; Machold, Ingrid: Gehen oder Bleiben? - Handlungsspielräume der Jugendlichen in ländlichen Regionen, Land und Raum Heft 2/2001, Wien 2001

Dax, Thomas; Machold, Ingrid; Meisinger Christine: Policies and Young People in Rural Development (PAYBIRD). National Study Area Murau, Austria, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien (demnächst veröffentlicht)

Furlong, Andy; Cartmel, Fred: Young People and Social Change. Individualization and Risk in Late Modernity. Buckingham-Philadelphia 1997

Hainz, Michael: Das dörfliche Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung, Universität Hohenheim, Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs, Gesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1999

Halfacree, Keith: Locality and Social Representation. Space, Discourse and Alternative Definitions of the Rural. Journal of Rural Studies, 9: 1: 23-37, 1993

Heintel, Martin: Diskussionsbeitrag zum Workshop „Ländliche Entwicklung“ an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 30.10.2001, unveröffentlichtes Manuskript

Heintel, Martin: Mainstream-Regionalentwicklung. In: Landnutzung und Landentwicklung, Heft 42, Volume 5, Berlin 2001

Henkel, Gerhard: Der ländliche Raum, Stuttgart 1999

Hoggart, Keith: Let's Do Away with Rural. Journal of Rural Studies, 6: 3: 25-257, 1990

Hoggart, Keith; Paniagua, Angel: What Rural Restructuring? Journal of Rural Studies 17: 41-62, 2001

Högl, Hans: Hinter den Fassaden des Tourismus. Dörfer im Stress, Innsbruck-Wien 1995

Internationales Arbeitsamt (IAA): Arbeitsschutz in der Landwirtschaft, Internationale Arbeitskonferenz 88. Tagung 2000, Bericht VI (1), Genf 1999

Jones, Gill: Leaving Home, Buckingham 1995

Jones, Gill, Wallace, Claire: Youth, Family and Citizenship, Buckingham-Philadelphia 1992

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend 2000. Die 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000

Knöbl, Ignaz; Kogler, Michael; Wiesinger, Georg: Landwirtschaft zwischen Tradition und Moderne. Über den Struktur- und Wertewandel in der österreichischen Landwirtschaft. Forschungsbericht Nr. 42 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 1999

Kötter, Herbert: Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf-Köln 1958

Krammer, Josef; Scheer, Günter: Das österreichische Agrarsystem, Wien 1978

Kromka, Franz: Soziokulturelle Integration und Machtverhältnisse in ehemals kleinbäuerlichen Dörfern, Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1975

Kytir, Josef; Münz, Rainer: Jugendliche in Österreich – demographische Aspekte einer Lebensphase. In: Janig, Herbert; Rathmayr, Bernhard (Hg.): Wartezeit – Studien zu den Lebensverhältnissen Jugendlicher in Österreich, Wien 1994

Law, John; Hassard, John (eds.), Actor-Network Theory and After, Oxford 1998

Leu, Robert E.; Burri, Stefan; Priester, Tom: Lebensqualität und Armut in der Schweiz, 2. Auflage, Verlag Peter Haupt, Bern-Stuttgart-Wien 1997

Levitas, Ruth: *The Inclusive Society? Social Exclusion and New Labour*, Basingstoke 1998

Little, Jo: *Otherness, Representation and the Cultural Construction of Rurality*. *Progress in Human Geography*, 23: 3: 37-442, 1999

Mahon, Marie: *Reconceptualising Rural Change: A Literature Review*. Paper presented at XIX ESRS Congress in Dijon, Sept. 2001

Marsden, Tenence: *Rural Futures: The Consumption Countryside and its Regulation*. *Sociologia Ruralis*, 39: 4: 501-510, 1999

Marsden, Terence; Murdoch, Jonathan; Lowe, Philip; Munton, Richard; Flynn, Andrew: *Constructing the Countryside*, London 1993

Massey, Doreen: *Spatial Division of Labour: Social Structures and the Geography of Production*, London 1984

Miller, Simon: *Class, Power and Social Construction: Issues of Theory and Application in Thirty Years of Rural Studies*. *Sociologia Ruralis*, 36: 1: 93-116, 1996

Mormont, Marc: *Who is Rural? Or, How to be Rural: Towards a Sociology of the Rural*. In: Marsden, Terence; Lowe, Philip; Whatmore, Sarah (eds.): *Rural Restructuring: Global Processes and Their Responses*, London 1990

Murdoch, Jonathan; Pratt, Andy C.: *Rural Studies: Modernism, Postmodernism and the "Post-Rural"*. *Journal of Rural Studies*, 9: 4: 411-427, 1993

Murdoch, Jonathan: *Middle-Class Territory? Some Remarks on the Use of Class Analysis in Rural Studies*. *Environment and Planning A*, 27: 1213-1230, 1995

Newby, Howard: *Property, Paternalism and Power. Class and Control in Rural England*, London 1978

Newby, Howard: *Urbanisation and the Rural Class Structure. Reflections on a Case Study*. In: Buttell, F.H.; Newby, Howard (eds.): *The Rural Sociology of the Advanced Societies: Critical Perspectives*, London 1980

Nothbaum-Leiding, Birgit: *Organisationsprobleme der ambulanten Altenpflege im kommunalen Netzwerk einer ländlichen Region*. In: H. Breikopf; N. Wohlfahrt (Hg.): *Sozialpolitik jenseits von Markt und Staat ? Bielefeld* 1990

Nutley, Stephen; Colin, Thomas: *Spatial mobility and social change: the mobile and the immobile*, *Sociologia Ruralis* Vol. XXXV, No. 1/1995 p.24-39, Assen 1995

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development): *Education, Employment, Labour and Social Affairs. OECD Ministers Conference on Youth Employment*, London, 8-9 February 2000

Oedl-Wieser, Theresia: *Emanzipation der Frauen auf dem Land. Eine explorative Studie über Ambivalenzen und Lebenszusammenhänge*. Forschungsbericht Nr. 40 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 1997

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Siedlungsdruck und Bodenverfügbarkeit, Schriftenreihe Nr. 99, Wien 1992

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Atlas zur räumlichen Entwicklung Österreichs. Der Einzugsbereich der regionalen Zentren im öffentlichen Verkehr und im Individualverkehr, Wien 1997

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK): Haushaltsentwicklung und Wohnungsbedarf in Österreich 1996-2021, Schriftenreihe Nr. 139, Wien 1998

Pahl, Ray E.: The Rural-Urban Continuum. *Sociologia Ruralis*, 6: 299-329, 1966

Pavis, Stephen; Platt, Stephen; Hubbard, Gill: Young People in Rural Scotland : Pathways to Social Inclusion and Exclusion, York 2000

Pevetz, Werner: Die ländliche Sozialforschung in Österreich in den Achtziger und Neunziger Jahren. Schriftenreihe Nr. 89 der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Wien 1999

Philip, Lorna; Shucksmith, Mark: Conceptualising Social Exclusion, Arkleton Centre for Rural Development Research, University of Aberdeen, Presentation held at the XVIII Congress of the European Society for Rural Sociology (ESRS) in Lund, Sweden, 24-28 August 1999

Robinson, Gillian A: Conflict and Change in the Countryside, London 1990

Scheer, Günter: Niederösterreich Regionalmanagement 2000plus; Ergebnisse und Empfehlungen. Bericht im Auftrag der Gruppe Raumordnung und Umwelt der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien 1999

Schmeiser-Rieder, Anita; Kunze, Michael et al.: Gesundheitsbefragung unter Bauern und Bäuerinnen, Wien 1995

Shaw, J. Martin (ed.): Rural Deprivation and Planning, Geo Books, Norwich 1979

Shucksmith, Mark: Award-based Classification of Housing Market Areas in Rural England, London 1996

Shucksmith, Mark: Exclusive Countryside? Social Inclusion and Regeneration in Rural Areas, York 2000

Stacy, Margaret: The Myth of Community Studies. *British Journal of Sociology*, 20: 2: 34-47, 1969

Steiner, Hans; Wolf Walter: Armutsgefährdung in Österreich. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1996

Tews, Hans-Peter: Altern auf dem Lande. In: *Der Landkreis* Nr.8-9, 1989

Warren, Roland L.: The Community in America, Chicago 1963

Weichhart, Peter: Die Region – Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme? In: Brunn, Gerhard (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996.

Wiesinger, Georg: Betriebshilfe als sozialpolitische Einrichtung. Forschungsbericht Nr. 36 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 1995

Wiesinger, Georg: Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich. Forschungsbericht Nr. 46 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien 2000

Wyn, Johanna; White, Rob: Rethinking Youth, London-Thousand Oaks-New Delhi 1997

Young, Frank W.: A Neo-Durkheimian Theory of Small Communities. Sociologia Ruralis, 39: 1: 3-16, 1999

Dr. Georg Wiesinger

geb. 1962 in Steyr/OÖ

studierte Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien und promovierte am Institut für Soziologie der Universität Wien. Seit 1989 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien. Er führte zahlreiche Forschungsprojekte durch u.a. zur „extramuralen Integration von geistig und mehrfach Behinderten“ (1991), „Betriebshilfe als sozialpolitische Einrichtung“ (1995), „Bedarfs- und Akzeptanzanalyse von Agrarfachhochschulen“ (1996, mit J. Hoppichler), „Berglandwirtschaft und Umwelt“ (1998, mit Th. Dax), „Struktur- und Wertewandel in der österreichischen Landwirtschaft“ (1999), „Ländlichen Armut“ (2000), weiters ist er Schriftführer der Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung, Lehrbeauftragter für Agrarsoziologie an der Universität für Bodenkultur, Mitglied der European Society of Rural Sociology (ESRS) und der International Association for Rural Sociology (IASR).

Mag. Ingrid Machold

geb. 1969 in Bludenz/Vorarlberg

studierte Soziologie und Theaterwissenschaften an der Universität Wien. Sie wirkte an den Projekten „Bäuerinnen im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne“ (1995/96) am Institut für Soziologie der Universität Wien und „Ecodesign. Produkte Dienstleistungen“ (1998) am Institut für Höhere Studien (IHS) mit. 1999 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sozialökonomischen Forschungsstelle und seit 2000 ist sie an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, wo sie am vom Arkleton Centre for Rural Development Research (Aberdeen) koordinierten internationalen Forschungsprojekt „Policies and Young People in Rural Development (PAYPIRD)“ arbeitete.